

POLITIK · 11. JUNI 2026

Nicht Schulden belasten die Zukunft - sondern Schulden ohne Wirkung

Journal-Beitrag zur Wirkungsfinanzpolitik: Nicht die bloße Staatsverschuldung entscheidet über Zukunftslasten, sondern ob öffentliche Finanzierung positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie erzeugt. Die v3-Fassung ordnet MMT, Public Purpose, Functional Finance und IOI als Anschlussstellen ein.

Abbildungen und interaktive Grafiken sind in der verlinkten Onlinefassung verfügbar.

Digitale Lesefassung

Für Bildschirm und
Ausdruck

Original online

wirkungssoekonomie.de/blog/nicht-schulden-belasten-die-zukunft-schulden-ohne-wirkung.html

Einordnung: Dieser Beitrag ist eine konzeptionelle Journal-Langform der Wirkungsökonomie. Er ersetzt keine Rechts-, Steuer-, Finanz-, Anlage- oder Politikberatung.

Vertiefung: Zur zitierfähigen Vertiefung geht es im Arbeitspapier Wirkungsfinanzpolitik. Der Bereich Wirkungsfinanzpolitik ordnet IOI, MMT, Public Purpose und Functional Finance als Anschlussstellen ein; die Begriffe stehen im Glossar-Cluster öffentliche Finanzen, Schulden und Wirkung.

Kein Anti-MMT

MMT ist keine naive Gelddrucktheorie. Gute MMT-Vertreter:innen betonen reale Ressourcen, Inflation, Steuern, Beschäftigung und öffentlichen Zweck. Die Wirkungsfinanzpolitik widerspricht dem nicht. Sie setzt dort an, wo MMT die Finanzierungsfrage neu stellt.

Public Purpose operationalisieren

In MMT-nahen Debatten beschreibt Public Purpose den öffentlichen Zweck staatlicher Ausgaben. Die Wirkungsökonomie präzisiert diesen Zweck als positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie. Dadurch wird aus einem politischen Anspruch eine prüfbare Steuerungslogik.

MMT als Türöffner, WÖk als Kompass

MMT zeigt, dass die Finanzierungsfrage anders gestellt werden muss. Die WÖk ergänzt die entscheidende Frage: Welche Wirkung erzeugt diese Finanzierung - und welche Zukunftskosten entstehen, wenn sie unterbleibt?

Nicht Staatsschulden belasten die Zukunft. Wirkungslosigkeit belastet die Zukunft.

Wirkungsfinanzpolitik ist die Lehre davon, wie öffentliche Einnahmen, Ausgaben, Kredite, Zinsen, Vermögen, Steuern und Investitionen nach ihrer Netto-Wirkung auf Mensch, Planet und Demokratie gesteuert werden.

Ausgangspunkt: Der Staat ist kein Privathaushalt. Aber das ist erst der Anfang. Der Maßstab öffentlicher Finanzen muss Wirkung sein.

Einordnung

Es gibt politische Fragen, die so oft wiederholt werden, dass sie irgendwann wie Naturgesetze wirken. "Wie wollen wir das bezahlen?" ist eine solche Frage. Sie klingt nüchtern, vernünftig und verantwortungsvoll. Sie beendet Debatten, bevor sie beginnen. Wer sie stellt, erscheint solide. Wer sie nicht beantworten kann, wirkt naiv. Doch gerade diese Frage kann blind machen, wenn sie zu früh gestellt wird.

Denn bevor eine Gesellschaft fragt, wie sie etwas bezahlt, muss sie fragen, was sie eigentlich bewirken will. Will sie eine Brücke nur reparieren, weil sie sonst gesperrt wird? Oder will sie Mobilität, Handel, Sicherheit und regionale Teilhabe sichern? Will sie Bildung finanzieren, weil Schulen Geld brauchen? Oder will sie Demokratiekompetenz,

Innovationsfähigkeit, Lebensperspektiven und sozialen Zusammenhalt erzeugen? Will sie die Ukraine unterstützen, weil ein Etatposten beschlossen wurde? Oder weil europäische Sicherheit, Völkerrecht und demokratische Selbstbestimmung verteidigt werden?

Die Finanzfrage ist nie neutral. Sie entscheidet, welche Wirklichkeit sichtbar wird. Wer nur fragt, was eine Maßnahme kostet, sieht die Ausgabe. Wer fragt, was Unterlassen kostet, sieht das Risiko. Wer nur die Schuldenquote betrachtet, sieht die finanzielle Verpflichtung. Wer Wirkung betrachtet, sieht auch marode Infrastruktur, Klimaschäden, Pflegenotstand, Vertrauensverlust, Bildungsarmut und sicherheitspolitische Verwundbarkeit.

Dieser Beitrag schlägt deshalb vor, öffentliche Finanzen nicht länger primär als Haushaltsmoral zu behandeln, sondern als Wirkungsarchitektur. Die Leitfrage lautet nicht: Wie verhindern wir jede neue Schuld? Sie lautet auch nicht: Wie rechtfertigen wir möglichst viel neue Schuld? Sie lautet: Welche Finanzierung erzeugt positive Netto-Wirkung - und welche unterlassene Finanzierung erzeugt künftige Schäden?

Die Wirkungsökonomie bietet dafür einen eigenen Maßstab. Sie fragt nach tatsächlichen Zustandsveränderungen für Mensch, Planet und Demokratie. Damit kann sie MMT, Functional Finance und missionsorientierte Ökonomie aufnehmen, ohne sich in ihnen aufzulösen. Sie übernimmt die Einsicht, dass der Staat kein Privathaushalt ist. Aber sie ergänzt die entscheidende Frage: Was bewirkt staatliche Finanzmacht?

Abstract

Dieser Journal-Beitrag entwickelt die Grundzüge einer Wirkungsfinanzpolitik. Ausgangspunkt ist die verbreitete Verengung der Staatsfinanzdebatte auf die Frage, ob Schulden gut oder schlecht, erlaubt oder verboten, verantwortungsvoll oder verantwortungslos seien. Diese Frage greift zu kurz. Sie misst eine finanzielle Form, aber nicht die tatsächliche Zustandsveränderung, die durch öffentliche Ausgaben, Steuern, Kredite und Investitionen entsteht. Aus Sicht der Wirkungsökonomie ist nicht die Kreditaufnahme selbst der entscheidende Maßstab, sondern die Frage, ob sie positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie erzeugt, reale Risiken senkt, Zukunftsfähigkeit erhöht und destruktive Folgekosten vermeidet.

Der Beitrag nimmt Modern Monetary Theory (MMT), Functional Finance, Public Purpose, mission-oriented policy, Beyond-GDP-Debatten und planetare Grenzen als theoretische Bezugspunkte auf. MMT ist dabei hilfreich, weil sie den Mythos des Staates als Privathaushalt aufbricht. Functional Finance ist noch anschlussfähiger, weil sie Finanzpolitik nach ihren Funktionen und Ergebnissen beurteilt. Beide Ansätze reichen aus wirkungsökonomischer Sicht jedoch nicht aus, solange sie keine präzise Theorie der Wirkung öffentlicher Mittel bereitstellen. Die Wirkungsökonomie ergänzt diese Lücke durch eine Bewertungsarchitektur aus Wirkung, Wirkungspotenzial, Netto-Wirkung, Reverse Merit Order, Wirkungslenkung, Wirkungshaushalt, NWI, IOI, T-SROI und demokratischer Rückkopplung.

Hinweis zur Abgrenzung: Der Beitrag versteht Wirkungsfinanzpolitik nicht als Anti-MMT. MMT bleibt ein wichtiger Anschluss, weil sie den Privathaushaltsmythos korrigiert. Die WÖk setzt dort an und präzisiert die offene Public-Purpose-Frage durch positive Netto-Wirkung, Wirkungsprüfung und demokratische Rückkopplung.

Die zentrale These lautet: Nicht Staatsschulden belasten die Zukunft. Wirkungslosigkeit belastet die Zukunft. Finanzielle Schulden können Zukunft sichern oder Zukunft verbrauchen. Ebenso kann Schuldenvermeidung Zukunft schützen oder Zukunft zerstören, wenn notwendige Investitionen unterbleiben. Der Beitrag unterscheidet deshalb Wirkschulden, Blindschulden, Verlustschulden und Reparaturschulden und erweitert den Schuldenbegriff um infrastrukturelle, ökologische, soziale, demokratische, sicherheitspolitische und Wissensschulden. Daraus entsteht ein neues Feld: Wirkungsfinanzpolitik als Lehre davon, wie öffentliche Einnahmen, Ausgaben, Kredite, Steuern, Zinsen, Vermögen und Investitionen nach ihrer Netto-Wirkung auf Mensch, Planet und Demokratie gesteuert werden.

Schlüsselbegriffe

Wirkungsökonomie; Wirkungsfinanzpolitik; Staatsschulden; MMT; Functional Finance; Public Purpose; Wirkungshaushalt; Schuldenbremse; Wirkschulden; Blindschulden; Verlustschulden; Reparaturschulden; positive Netto-Wirkung; Mensch, Planet und Demokratie.

Leitthese

Die entscheidende Frage öffentlicher Finanzen lautet nicht: "Darf der Staat Schulden machen?" Die entscheidende Frage lautet: "Welche Wirkung erzeugt staatliche Finanzierung - und welche Schäden entstehen, wenn sie unterbleibt?"

Nicht die Kreditaufnahme entscheidet über Generationengerechtigkeit, sondern ob der Kredit künftige Risiken senkt, reale Handlungsfähigkeit erhöht und positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie erzeugt.

1. Der blinde Fleck der Schuldenfrage

Die deutsche Debatte über öffentliche Finanzen beginnt fast immer mit einem vertrauten Bild: dem Staat als Haushalt. Der Staat soll sparen, nicht über seine Verhältnisse leben, keine Schulden auf Kosten der Kinder machen, solide wirtschaften. Dieses Bild ist politisch wirksam, weil es an Alltagserfahrung anschließt. Wer privat dauerhaft mehr ausgibt, als er einnimmt, gerät in Schwierigkeiten. Wer Schulden macht, muss sie bedienen. Wer Zinsen zahlen muss, verliert Spielraum. Daraus wird ein moralischer Reflex: Schulden erscheinen als Schwäche, Sparen als Tugend.

Doch öffentliche Finanzen funktionieren nicht wie private Haushaltskassen. Der Staat ist kein Ehepaar mit Girokonto. Er ist eine rechtssetzende, steuererhebende, dauerhaft existierende Institution mit der Fähigkeit, Regeln zu setzen, Infrastruktur bereitzustellen, Risiken zu verteilen, Märkte zu stabilisieren und Zukunftsfähigkeit zu organisieren. Ein Staat kann Verpflichtungen über Generationen tragen. Er kann Einnahmen verändern. Er kann Ausgaben steuern. Er kann Vermögen schaffen, nicht nur verbrauchen. Er kann durch eine Ausgabe heute künftige Schäden verhindern - oder durch Sparen heute künftige Schäden erst erzeugen.

Genau dieser letzte Punkt fehlt in der Schuldenfrage. Die klassische Debatte sieht die sichtbare finanzielle Staatsschuld, aber sie übersieht häufig die unsichtbaren Schulden, die durch Unterlassen entstehen. Eine marode Brücke ist eine Schuld. Eine nicht sanierte Schule ist eine Schuld. Ein Pflegesystem, das Menschen ausbrennt, ist eine Schuld. Ein fossiles Energiesystem, das künftige Klimaschäden produziert, ist eine Schuld. Eine Demokratie, die durch Desinformation, Ungleichheit und Vertrauensverlust erodiert, ist eine Schuld. Diese Schulden stehen nicht immer in der Finanzstatistik, aber sie sind real. Sie werden bezahlt - durch höhere Folgekosten, sinkende Lebensqualität, geringere Resilienz, politische Instabilität und Verlust an Handlungsspielraum.

Die Wirkungsökonomie beginnt daher nicht mit der Frage, ob der Staat Geld aufnimmt. Sie beginnt mit der Frage, welche Zustände öffentliche Finanzpolitik verändert. Wirkung ist in der WÖk die tatsächliche Veränderung von Zuständen. Sie ist nicht Absicht, Image, Programm, Bericht oder Symbolik. Wirkung kann positiv, negativ oder neutral sein. Bewertet wird sie am Referenzrahmen der SDGs, der Agenda 2030 und SDG+, also an ihrem Beitrag zu Mensch, Planet und Demokratie.

Aus dieser Perspektive ist die Schuldenfrage eine Maßstabskrise. Sie fragt nach der Finanzierungsform, bevor sie nach der Wirkung fragt. Sie sieht, ob Geld bewegt wird, aber nicht zwingend, was dieses Geld bewirkt. Sie kann Sparsamkeit loben, obwohl Infrastruktur verfällt. Sie kann Kreditaufnahme kritisieren, obwohl damit künftige Risiken gesenkt werden. Sie kann Investitionen und Konsum, Prävention und Reparatur, Wirkleistung und Blindleistung in einer Zahl vermischen.

Der erste Schritt einer Wirkungsfinanzpolitik besteht deshalb darin, die moralische Schuldenfrage in eine Wirkungsfrage zu übersetzen. Nicht: Sind Schulden gut oder schlecht? Sondern: Welche Wirkung erzeugen sie? Welche Wirkung entsteht, wenn sie nicht gemacht werden? Welche Wirkungen erster, zweiter und dritter Ordnung werden ausgelöst? Welche Folgekosten werden vermieden? Welche Engpässe werden gelöst? Welche roten Linien dürfen nicht verletzt werden? Welche Rückkopplung zeigt, ob die Ausgabe tatsächlich wirkt?

2. Warum der Staat kein Privathaushalt ist - und warum das noch keine Lösung ist

Der Satz "Der Staat ist kein Privathaushalt" ist richtig, aber er ist noch keine Finanztheorie. Er befreit von einer falschen Analogie, ersetzt sie aber nicht automatisch durch einen besseren Maßstab. Genau hier entsteht die eigentliche Schwierigkeit: Wer die Privathaushaltsmetapher zurückweist, landet oft sofort im Verdacht, Schulden verharmlosen zu wollen. Wer sie verteidigt, kann dagegen den Eindruck moralischer Seriosität erzeugen, auch wenn seine Politik künftige Schäden produziert.

Die Wirkungsökonomie braucht eine dritte Position. Sie darf sich nicht in die Dichotomie aus Schuldenangst und Schuldenromantik drängen lassen. Beides ist zu grob. Schulden können Ausdruck von Verantwortung sein, wenn sie Zukunft sichern. Schulden können Ausdruck von Verantwortungslosigkeit sein, wenn sie Zukunft verbrauchen. Sparen kann klug sein, wenn es Blindleistung reduziert. Sparen kann destruktiv sein, wenn es notwendige Wirkleistung verhindert.

Private Haushalte haben keine allgemeine Besteuerungsmacht. Sie setzen keine gesetzlichen Rahmenbedingungen. Sie organisieren keine gesamtgesellschaftlichen Infrastrukturen. Sie schaffen keine Rechtsräume, keine Bildungsordnungen, keine Sicherheitsarchitekturen. Sie können ihre eigene Bonität nicht durch Verbesserung des gesamten volkswirtschaftlichen Zustands erhöhen. Der Staat dagegen kann genau das. Wenn er gut investiert, verbessert er die Voraussetzungen seiner eigenen Tragfähigkeit. Eine gute Schule, eine funktionierende Bahn, ein resilientes Stromnetz, eine gesunde Bevölkerung, vertrauenswürdige Institutionen und eine stabile Demokratie sind keine privaten Konsumgüter. Sie sind Voraussetzungen künftiger Wertschöpfung und sozialer Stabilität.

Aber daraus folgt nicht, dass der Staat beliebig ausgeben kann. Öffentliche Finanzmacht ist kein Freibrief. Der Staat kann Geld in Bewegung setzen, aber er kann reale Ressourcen nicht beliebig erzeugen. Er kann Nachfrage schaffen, aber nicht automatisch Fachkräfte. Er kann Kredite aufnehmen, aber keine Zeit drucken. Er kann Geld bereitstellen, aber keine Planungsfähigkeit, keine Baukapazitäten, keine Pflegekräfte, keine Ingenieur:innen, keine Materialien, keine gesellschaftliche Zustimmung und kein institutionelles Vertrauen aus dem Nichts hervorbringen.

Damit entsteht die entscheidende Wök-Unterscheidung: Finanzierbarkeit ist nicht identisch mit Wirkfähigkeit. Etwas kann buchhalterisch finanzierbar und zugleich wirkungslos sein. Etwas kann kurzfristig teuer erscheinen und langfristig hochwirksam sein. Etwas kann den Haushalt formal entlasten und gleichzeitig die Zukunft belasten. Etwas kann den Haushalt formal belasten und gleichzeitig die Zukunft entlasten.

Der Staat ist also kein Privathaushalt. Aber der Staat ist auch kein magischer Geldautomat. Er ist eine Wirkungsarchitektur. Seine Finanzpolitik muss sich daran messen lassen, ob sie die Bedingungen verbessert, unter denen Menschen, Märkte, Institutionen, Ökosysteme und demokratische Öffentlichkeit stabil und lernfähig bleiben.

3. MMT als Entmythologisierung

Die Modern Monetary Theory ist für diese Debatte wertvoll, weil sie den Blick auf die Eigenlogik moderner Geldsysteme richtet. Sie erinnert daran, dass Geld kein natürlicher Rohstoff ist, der erst in einer Staatskasse liegen muss, bevor Politik handeln kann. Geld ist eine institutionelle Beziehung, eine Forderungs- und Verbindlichkeitsstruktur, ein rechtlich und politisch gestütztes System von Zahlungsfähigkeit. Staaten mit eigener Fiat-Währung sind deshalb anders zu beurteilen als private Haushalte, Unternehmen oder Kommunen.

MMT betont, dass ein monetär souveräner Staat, der sich in eigener Währung verschuldet, nicht in derselben Weise zahlungsunfähig werden kann wie ein Haushalt. Er kann Zahlungen in der eigenen Währung leisten, solange die institutionelle Ordnung dieses Geldsystems trägt. Die eigentliche Grenze liegt nicht zuerst in der Frage, ob Geld vorhanden ist, sondern in realen Ressourcen, Inflation, Kapazitäten und Vertrauen in die Währung.

Diese Einsicht ist aus WÖk-Sicht wichtig, weil sie den falschen Satz "Dafür ist kein Geld da" entlarvt. Oft ist nicht Geld der Engpass, sondern Priorität, Ressourcenverfügbarkeit, Verwaltungsfähigkeit, politische Legitimation oder Wirkungsklarheit. Wenn ein Staat gleichzeitig fossile Subventionen, ineffiziente Förderlogiken und teure Reparaturprogramme finanziert, aber bei Bildung, Prävention oder Klimaanpassung auf Geldmangel verweist, liegt das Problem nicht nur in der Kasse. Es liegt im Kompass.

MMT schärft außerdem den Blick auf Steuern. In der klassischen Vorstellung finanziert der Staat seine Ausgaben aus Steuern. MMT dreht diese Sicht teilweise um: Steuern schaffen Nachfrage nach der staatlichen Währung, entziehen Kaufkraft, beeinflussen Verteilung und können Inflation dämpfen. Sie sind nicht nur Einnahmequelle, sondern makroökonomisches Steuerungsinstrument.

Auch das passt zur Wirkungsökonomie. Die WÖk versteht Steuern ebenfalls nicht nur als Einnahmemechanismus, sondern als Rückkopplungsarchitektur. Eine Steuer sagt der Gesellschaft nicht nur, wie viel Geld an den Staat fließt. Sie setzt Signale, verändert Preise, verschiebt Anreize, verteilt Lasten und formt Verhalten. Wenn schädliche Produkte niedrig besteuert und positive Alternativen hoch besteuert werden, steuert der Staat gegen seine eigenen Zukunftsziele. Wenn Einkommen aus destruktiven Tätigkeiten steuerlich genauso behandelt wird wie Einkommen aus gesellschaftlich stabilisierender Arbeit, bleibt Wirkung unsichtbar. Wenn Kapitalerträge unabhängig von ihrer Wirkung privilegiert werden, wird Kapital zum Kompass, obwohl es nur Werkzeug sein sollte.

MMT ist deshalb ein guter Entmythologisierer. Sie befreit von der Idee, Staatsfinanzen seien eine große Haushaltskasse. Sie verschiebt die Frage von Geld zu realen Kapazitäten. Sie macht sichtbar, dass die politische Entscheidung nicht immer an fehlender Finanzierung scheitert, sondern an falschen Prioritäten.

Aber MMT beantwortet nicht die zentrale WÖk-Frage: Welche Ausgabe erzeugt positive Netto-Wirkung? Sie kann erklären, warum der Staat ausgeben kann. Sie sagt noch nicht ausreichend, wofür er ausgeben soll, wie Wirkung gemessen wird, welche Schäden nicht kompensierbar sind und welche Rückkopplung eine Ausgabe legitimiert.

4. Die wirklichen Grenzen: Ressourcen, Inflation, Vertrauen und Wirkung

Wenn Geld nicht die letzte Grenze ist, was ist dann die Grenze? Aus wirkungsökonomischer Sicht gibt es mindestens vier Grenzen: reale Ressourcen, Inflation und Engpässe, Vertrauen sowie Wirkung.

Die erste Grenze sind reale Ressourcen. Eine Gesellschaft kann nur so viele Wohnungen bauen, wie Material, Arbeitskräfte, Planungskapazitäten, Flächen, Genehmigungen und Infrastruktur vorhanden sind. Sie kann nur so viele Pflegeplätze schaffen, wie Menschen, Räume, Organisationen und Zeit verfügbar sind. Sie kann nur so schnell Stromnetze

ausbauen, wie Fachkräfte, Lieferketten, Genehmigungen und Akzeptanz mitwachsen. Der Staat kann Nachfrage erzeugen, aber er kann reale Kapazitäten nicht durch Geld allein ersetzen.

Die zweite Grenze ist Inflation. Inflation entsteht nicht einfach, weil der Staat Schulden macht. Sie entsteht, wenn zusätzliche Zahlungsfähigkeit auf knappe Güter, Dienstleistungen oder Strukturen trifft. Sie kann durch Nachfrageüberhang entstehen, aber auch durch Energiepreisschocks, Lieferkettenrisiken, Marktmacht, Spekulation, Wohnungsknappheit, Klimaschäden oder geopolitische Abhängigkeiten. Aus WÖk-Sicht ist Inflation daher ein Signal für Engpässe, Machtstrukturen und fehlende Resilienz - nicht nur ein monetäres Mengenproblem.

Die dritte Grenze ist Vertrauen. Moderne Geld- und Staatsfinanzen beruhen auf institutioneller Glaubwürdigkeit. Bürger:innen müssen darauf vertrauen, dass der Staat handlungsfähig bleibt, Regeln gelten, Korruption begrenzt wird, Daten stimmen, Gerichte funktionieren, Wahlen frei sind und öffentliche Mittel nicht dauerhaft missbraucht werden. Investoren müssen darauf vertrauen, dass staatliche Anleihen in einer stabilen Rechts- und Wirtschaftsordnung stehen. Vertrauen ist kein weiches Gefühl, sondern eine harte Stabilitätsressource.

Die vierte Grenze ist Wirkung. Eine Ausgabe ist nicht legitim, nur weil sie finanzierbar ist. Sie muss eine nachvollziehbare, überprüfbare positive Netto-Wirkung erzeugen oder zumindest ein relevantes Wirkungsrisiko mindern. Sie muss zeigen, welcher Zustand verbessert wird. Sie muss Nebenwirkungen und Zielkonflikte offenlegen. Sie muss rote Linien beachten: Menschenwürde, Kinderrechte, demokratische Stabilität, ökologische Lebensgrundlagen, Rechtsstaatlichkeit und nichtkompensierbare Schäden dürfen nicht einfach verrechnet werden.

Diese vier Grenzen machen die WÖk strenger als eine naive Ausgabenlogik. Sie sagt nicht: Wenn Geld geschaffen werden kann, ist alles möglich. Sie sagt: Geld ist ein Instrument, um reale Wirkung zu organisieren. Dieses Instrument muss so eingesetzt werden, dass es Engpässe löst, Risiken senkt, Kapazitäten aufbaut und positive Netto-Wirkung erzeugt.

Die öffentliche Debatte verwechselt oft Geldknappheit mit Wirkungsunklarheit. Wenn ein Projekt keine klare Wirkung hat, wird über Finanzierung gestritten. Wenn eine Investition politisch unbequem ist, wird Geldmangel vorgeschoben. Wenn eine Ausgabe kurzfristig teuer wirkt, werden ihre vermiedenen Folgekosten ignoriert. Eine Wirkungsfinanzpolitik würde diese Verschiebungen sichtbar machen.

5. Deutschland, Eurozone und die institutionelle Einschränkung

Für Deutschland gilt eine wichtige Einschränkung: Deutschland ist kein vollständig monetär souveräner Staat im klassischen MMT-Sinn. Es gibt keine nationale Zentralbank, die allein deutsche Staatsfinanzierung und Geldpolitik steuert. Deutschland ist Teil der Eurozone. Die Währung wird im Eurosystem organisiert. Der rechtliche Rahmen der Europäischen Union begrenzt direkte monetäre Staatsfinanzierung.

Das bedeutet nicht, dass MMT für Deutschland irrelevant wäre. Ihre Kritik am Privathaushaltsmythos bleibt analytisch hilfreich. Auch Deutschland ist kein Haushalt, der nur aus vorherigen Einnahmen ausgeben kann. Der Bund kann Anleihen begeben, sich refinanzieren, langfristige Verpflichtungen tragen und durch öffentliche Investitionen künftige Tragfähigkeit beeinflussen. Aber die institutionelle Architektur ist komplexer als in einem Staat mit eigener Währung und eigener Zentralbank.

Gerade deshalb braucht Deutschland eine besonders präzise Wirkungsfinanzpolitik. Wenn geldpolitische Souveränität begrenzt ist, wird die Qualität fiskalischer Entscheidungen noch wichtiger. Schuldenregeln, EU-Fiskalrahmen, Kapitalmarktzinsen, Sondervermögen, Haushaltsprioritäten und Steuersysteme müssen nicht nur juristisch, sondern wirkungsökonomisch bewertet werden.

Eine WÖk-Perspektive sagt: Die Eurozonen-Einschränkung ist kein Grund, bei alten Haushaltsmythen stehen zu bleiben. Sie ist aber ein Grund, MMT nicht als komplette politische Blaupause zu übernehmen. Die WÖk nutzt MMT als Kritik des falschen Haushaltsbildes, integriert Functional Finance als Brücke zur Ergebnisorientierung und setzt Wirkung als eigene Zielgröße darüber.

Für Deutschland lautet die Frage also nicht: Können wir unbegrenzt ausgeben? Die Frage lautet: Welche öffentlichen Mittel, Kredite und Steuerregeln erzeugen unter den realen institutionellen Bedingungen der Eurozone die höchste positive Netto-Wirkung? Welche Investitionen sichern künftige Tragfähigkeit? Welche Ausgaben verschärfen Engpässe? Welche Schulden vermeiden größere nicht-finanzielle Staatsschulden? Welche Haushaltsregeln unterscheiden zwischen Zukunftssicherung und Zukunftsverbrauch?

Diese Differenzierung ist entscheidend. Eine Debatte, die nur fragt, ob Deutschland Schulden machen darf, bleibt zu grob. Eine Debatte, die nur sagt, Deutschland könne wegen Eurozone nicht wie ein MMT-Staat handeln, bleibt ebenfalls zu grob. Die WÖk stellt die bessere Frage: Wie muss öffentliche Finanzierung gestaltet sein, damit sie unter realen rechtlichen, monetären, sozialen und ökologischen Bedingungen wirkt?

6. Functional Finance als bessere Brücke

Für die Wirkungsökonomie ist Functional Finance eine noch bessere theoretische Brücke als MMT allein. Abba Lerner formulierte den Grundgedanken, dass staatliche Finanzpolitik nicht nach traditionellen Haushaltsnormen beurteilt werden sollte, sondern nach ihrer Funktion. Es geht nicht darum, ob ein Haushalt ausgeglichen ist, sondern ob Finanzpolitik Vollbeschäftigung, Stabilität und angemessene Preisentwicklung unterstützt.

Dieser Ansatz ist anschlussfähig, weil er die moralische Fixierung auf Defizite auflöst. Ein Defizit ist nicht automatisch falsch. Ein Überschuss ist nicht automatisch richtig. Entscheidend ist, was die fiskalische Position im System bewirkt. Führt sie zu Unterauslastung, Arbeitslosigkeit und sozialer Erosion? Oder stabilisiert sie Nachfrage und Beschäftigung? Überhitzt sie reale Kapazitäten? Oder schließt sie eine Lücke?

Die Wirkungsökonomie erweitert diesen Gedanken. Functional Finance fragt: Funktioniert die Staatsausgabe makroökonomisch? Die Wirkungsökonomie fragt zusätzlich: Wirkt sie systemisch richtig? Eine Ausgabe kann Beschäftigung schaffen und trotzdem ökologische Zerstörung stabilisieren. Eine Subvention kann Nachfrage sichern und trotzdem fossile Abhängigkeiten verlängern. Eine Investition kann Wachstum erzeugen und trotzdem Biodiversität beschädigen. Eine sicherheitspolitische Ausgabe kann notwendig sein - oder sie kann ohne Strategie Ressourcen binden und Risiken erhöhen.

Functional Finance bleibt häufig bei makroökonomischen Zielen wie Beschäftigung, Nachfrage, Stabilität und Inflation. Die WÖk übernimmt diese Ziele, aber sie ordnet sie in den breiteren Maßstab Mensch, Planet und Demokratie ein. Vollbeschäftigung ist wichtig, aber Beschäftigung in destruktiven Strukturen ist keine hinreichende Zielgröße. Wachstum ist wichtig, wenn es Problemlösungen, Innovation und Resilienz erzeugt. Wachstum ist problematisch, wenn es auf Externalisierung, Reparaturkosten oder Ressourcenübernutzung beruht. Preisstabilität ist wichtig, aber sie darf nicht auf Kosten unterdrückter Löhne, unsichtbarer Armut oder ökologischer Verschiebung erkaufte werden.

Hier entstehen die WÖk-Begriffe Wirkleistung, Blindleistung und Verlustleistung. Wirkleistung verändert Zustände positiv: Sie schützt, befähigt, regeneriert, stabilisiert, verbindet, heilt oder macht Systeme resilienter. Blindleistung erzeugt Aktivität ohne ausreichende positive Zustandsveränderung: Programme laufen, Mittel fließen, Formulare entstehen, aber der relevante Zustand verbessert sich kaum. Verlustleistung verschlechtert Zustände: Sie erzeugt Schäden, Abhängigkeiten, Vertrauensverlust, ökologische Zerstörung, soziale Spaltung oder künftige Reparaturkosten.

Die zentrale Erweiterung lautet: Staatliche Finanzpolitik muss nicht nur funktionieren. Sie muss wirken.

7. Public Purpose und die offene Frage nach dem öffentlichen Zweck

MMT und Functional Finance verweisen beide auf eine Idee, die für die WÖk zentral ist: Public Purpose, also den öffentlichen Zweck. Der Staat soll seine Finanzmacht nicht für beliebige Bewegung einsetzen, sondern für gesellschaftliche Ziele. Doch genau hier beginnt die Schwierigkeit. Was ist öffentlicher Zweck?

Beschäftigung kann öffentlicher Zweck sein. Aber nicht jede Beschäftigung ist zukunftsfähig. Versorgung kann öffentlicher Zweck sein. Aber nicht jede Versorgung ist resilient. Sicherheit kann öffentlicher Zweck sein. Aber nicht jede Sicherheitsausgabe erhöht Sicherheit. Wachstum kann öffentlicher Zweck sein. Aber nicht jedes Wachstum ist Wohlstand. Stabilität kann öffentlicher Zweck sein. Aber nicht jede Stabilisierung ist gut, wenn sie destruktive Strukturen konserviert.

Die Wirkungsökonomie füllt diese Leerstelle. Sie definiert öffentlichen Zweck nicht als vage Gemeinwohlbehauptung, sondern als positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie. Das bedeutet: Eine Ausgabe ist nicht deshalb öffentlich zweckmäßig, weil sie staatlich beschlossen wurde. Sie ist zweckmäßig, wenn sie nachweisbar oder plausibel Zustände verbessert, Risiken senkt, systemische Stabilität erhöht und demokratisch legitimiert ist.

Daraus ergeben sich klare Prüfungsfragen. Welcher Zustand soll verändert werden? Wer ist betroffen? Welche direkte Wirkung wird erwartet? Welche indirekten Wirkungen können entstehen? Welche Wirkungen dritter Ordnung verändern Entscheidungsstrukturen, Märkte, Normen oder institutionelles Vertrauen? Welche Daten zeigen Fortschritt? Welche Nebenwirkungen sind nicht akzeptabel? Welche roten Linien dürfen nicht überschritten werden? Welche Rückkopplung entscheidet über Fortführung, Anpassung oder Beendigung?

Public Purpose wird damit operationalisiert. Er ist nicht nur eine politische Formel, sondern eine Wirkungsarchitektur. Mission-oriented policy gibt dem Staat Richtung. Die WÖk gibt ihm Prüfung, Begrenzung und Lernfähigkeit.

Public Purpose als Brücke zur WÖk

In MMT-nahen Debatten beschreibt Public Purpose den öffentlichen Zweck staatlicher Ausgaben. Dieser Gedanke ist für die Wirkungsökonomie anschlussfähig, aber noch zu offen. Denn ein öffentlicher Zweck kann politisch behauptet werden, ohne dass seine Wirkung geprüft wird.

Die WÖk präzisiert Public Purpose als positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie. Dadurch wird aus einem politischen Anspruch eine prüfbare Steuerungslogik: Welche Zustände werden verändert? Wer profitiert? Wer wird belastet? Welche Nebenwirkungen entstehen? Welche Zukunftskosten werden vermieden?

Das ist gerade für öffentliche Finanzen entscheidend. Staatliche Ausgaben sind immer politische Aussagen darüber, welche Zustände wichtig sind. Wer Schulen verfallen lässt, aber fossile Infrastruktur schützt, setzt Prioritäten. Wer Pflegekräfte rhetorisch lobt, aber das Pflegesystem unterfinanziert, setzt Prioritäten. Wer Sicherheit nur militärisch denkt und demokratische Resilienz vernachlässigt, setzt Prioritäten. Ein Wirkungshaushalt würde diese Prioritäten sichtbar machen.

8. Die WÖk-Antwort: positive Netto-Wirkung

Die Wirkungsökonomie beantwortet die Staatsfinanzfrage mit einer klaren Zielgröße: positive Netto-Wirkung. Diese Zielgröße ist anspruchsvoller als Nutzen, Rendite, Wachstum oder Output. Sie fragt nicht nur, ob etwas getan wurde, sondern was sich dadurch tatsächlich verändert. Sie fragt nicht nur nach positiven Effekten, sondern nach der Bilanz aus positiven und negativen Wirkungen unter Beachtung nichtkompensierbarer Grenzen.

Positive Netto-Wirkung bedeutet nicht, dass man einige gute Effekte addiert und schlechte Effekte abzieht, bis eine angenehme Zahl entsteht. Die WÖk lehnt eine naive Kompensationslogik ab. Kinderarbeit wird nicht durch niedrige CO₂-Werte neutralisiert. Biodiversitätszerstörung wird nicht durch ein Bildungsprojekt ausgeglichen. Desinformation wird nicht

dadurch harmlos, dass eine Plattform Arbeitsplätze schafft. Schwere negative Wirkungen können nicht beliebig mit positiven Wirkungen verrechnet werden.

Dafür steht die Reverse Merit Order. Das schwächste relevante Wirkungsfeld begrenzt die Gesamtbewertung. Die Logik ist einfach: Ein System ist nur so stabil wie seine kritischen Engpässe. Wenn ein Produkt, eine Politik oder ein Finanzierungsprogramm in einem zentralen Feld destruktiv wirkt, darf es nicht durch Durchschnittswerte schön gerechnet werden.

Für öffentliche Finanzen bedeutet das: Eine kreditfinanzierte Ausgabe muss nicht nur in einem Bereich positive Wirkung zeigen. Sie muss auch prüfen, ob sie in anderen Bereichen rote Linien verletzt. Ein Infrastrukturprogramm kann emissionsarm sein, aber soziale Verdrängung erzeugen. Ein Sicherheitsprogramm kann Abschreckung erhöhen, aber rechtsstaatliche Grenzen gefährden. Ein Digitalisierungsprojekt kann Effizienz steigern, aber Überwachung, Diskriminierung oder Abhängigkeit von monopolistischen Plattformen verstärken. Eine Klimaschutzmaßnahme kann ökologisch sinnvoll sein, aber soziale Akzeptanz beschädigen, wenn sie ungleich verteilt wird.

Positive Netto-Wirkung verlangt deshalb eine mehrdimensionale, transparente und lernfähige Bewertung. Sie macht öffentliche Finanzen nicht einfacher im Sinne populistischer Vereinfachung. Aber sie macht sie ehrlicher. Sie zwingt dazu, Kosten und Nutzen nicht nur fiskalisch, sondern systemisch zu betrachten.

Die WÖk ist dabei weder technokratisch noch moralistisch. Sie ersetzt politische Entscheidung nicht durch Kennzahlen. Sie verbessert die Rückkopplung, auf deren Grundlage demokratisch entschieden wird. Demokratie bleibt der Ort der Bewertung, Priorisierung und Legitimation. Aber sie entscheidet nicht länger im Nebel falscher Preise, unsichtbarer Folgekosten und unvollständiger Haushaltszahlen.

9. Schulden als Wirkungsinstrument

Aus WÖk-Sicht sind Schulden kein moralisches Urteil. Sie sind ein Wirkungsinstrument. Wie jedes Instrument können sie sinnvoll, wirkungslos oder schädlich eingesetzt werden. Ein Messer kann Brot schneiden oder verletzen. Ein Kredit kann Zukunft sichern oder Zukunft verbrauchen. Entscheidend ist nicht das Instrument, sondern sein Einsatz, seine Wirkung und seine Rückkopplung.

Eine kreditfinanzierte Investition in Bildung kann künftige Innovationsfähigkeit, Demokratiekompetenz, soziale Mobilität und Resilienz erhöhen. Eine kreditfinanzierte Investition in Klimaanpassung kann künftige Schäden, Versicherungsverluste, Gesundheitsbelastungen und Infrastrukturzerstörung senken. Eine kreditfinanzierte Investition in digitale Verwaltung kann Blindleistung reduzieren, wenn sie Prozesse wirklich vereinfacht. Eine kreditfinanzierte Unterstützung für die Ukraine kann sicherheitspolitisch positive Wirkung erzeugen, wenn sie europäische Stabilität, Abschreckung, Selbstbestimmung und demokratische Resilienz stärkt.

Gleichzeitig kann eine kreditfinanzierte Ausgabe Verlustleistung sein. Schulden für fossile Subventionen, destruktive Infrastruktur, ineffiziente Klientelpolitik oder Programme ohne Rückkopplung verschieben Kosten in die Zukunft. Sie erzeugen heutige Zahlungsfähigkeit und künftige Schäden. Sie sind nicht neutral, nur weil sie politisch beschlossen wurden.

Die klassische Schuldenquote kann diese Unterschiede nicht ausreichend erfassen. Sie zeigt die Höhe der finanziellen Verpflichtung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Sie sagt aber wenig darüber, ob die Schulden künftige Leistungsfähigkeit erhöhen oder senken. Zwei Länder mit gleicher Schuldenquote können sehr unterschiedliche Zukunftsfähigkeit haben: Das eine hat in Bildung, Netze, Gesundheit und Resilienz investiert; das andere hat Konsum, Abhängigkeiten und Reparaturkosten finanziert. Fiskalisch sehen sie ähnlich aus. Wirkungsökonomisch sind sie grundverschieden.

Wirkungsfinanzpolitik verlangt daher eine zweite Bilanz neben der Finanzbilanz: die Wirkungsbilanz. Jede Kreditaufnahme müsste mit einer Wirkungsbegründung verbunden werden. Nicht als bürokratische Pflichtübung, sondern als Kern der demokratischen Haushaltsentscheidung. Warum ist Kreditaufnahme hier angemessen? Warum reicht eine Steuerfinanzierung nicht? Welche Wirkung wird erwartet? Warum ist die Wirkungsdauer lang genug, um Kreditfinanzierung zu legitimieren? Welche Nicht-Handlungskosten würden entstehen? Welche Risiken bestehen? Wann wird überprüft?

Schulden werden so aus der moralischen Ecke geholt. Sie werden weder dämonisiert noch romantisiert. Sie werden nach Wirkung geordnet.

10. Vier Schuldentypen: Wirkschulden, Blindschulden, Verlustschulden, Reparaturschulden

Eine wirkungsökonomische Finanzpolitik braucht eine neue Typologie staatlicher Schulden. Der Begriff Staatsschuld ist zu grob, wenn er nur die rechtliche Verbindlichkeit meint. Aus WÖk-Sicht muss gefragt werden, welche Wirkung die Schuld finanziert. Daraus ergeben sich vier Grundtypen.

Wirkschulden sind Schulden, die positive Netto-Wirkung erzeugen. Sie senken künftige Risiken, erhöhen reale Handlungsfähigkeit, bauen Engpässe ab, stärken Mensch, Planet und Demokratie oder schaffen Voraussetzungen künftiger Resilienz. Dazu können Investitionen in Bildung, Klimaanpassung, Netze, Bahn, öffentliche Gesundheit, Pflege, digitale Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum, Forschung, Cybersicherheit, demokratische Resilienz oder sicherheitspolitische Stabilisierung gehören. Entscheidend ist nicht das Themenfeld an sich, sondern die nachweisbare Wirkung.

Blindschulden sind Schulden, die Bewegung finanzieren, aber kaum relevante Zustandsveränderung erzeugen. Mittel fließen, Programme werden angekündigt, Verwaltung arbeitet, Berichte entstehen, aber der zentrale Zustand verbessert sich nicht. Blindschulden entstehen besonders dort, wo Programme ohne klare Wirkungsziele, ohne Daten, ohne Rückkopplung und ohne Abbruchkriterien aufgelegt werden. Sie können politisch attraktiv sein, weil sie Handlung simulieren. Wirkungsökonomisch sind sie problematisch, weil sie Geld, Aufmerksamkeit und Vertrauen binden.

Verlustschulden sind Schulden, die negative Wirkung erzeugen. Sie finanzieren Strukturen, die ökologische, soziale, demokratische oder sicherheitspolitische Schäden vergrößern. Dazu gehören Schulden für fossile Lock-ins, destruktive Abhängigkeiten, klimaschädliche Infrastruktur, Aufrechterhaltung nicht zukunftsfähiger Geschäftsmodelle, repressive Systeme, Desinformationsinfrastrukturen oder kurzfristige Klientelpolitik mit langfristigen Folgekosten. Verlustschulden belasten die Zukunft doppelt: durch Zins und Tilgungsanspruch sowie durch die Schäden, die sie erzeugen.

Reparaturschulden sind Schulden, die notwendig werden, weil frühere Wirkung unterlassen wurde. Fluthilfen nach unzureichender Klimaanpassung, Notprogramme für marode Brücken, Rettungskosten für kriselnde soziale Systeme oder kurzfristige Energiepreisbremsen nach verschleppter Transformation können Reparaturschulden sein. Sie sind nicht automatisch illegitim. Oft sind sie notwendig. Aber sie zeigen, dass frühere Politik Blind- oder Verlustleistung zugelassen hat. Reparaturschulden sind ein Symptom unterlassener Wirkschulden.

Diese Typologie verschiebt die Debatte. Statt zu fragen, wie hoch die Verschuldung ist, fragt sie: Welche Art von Verschuldung liegt vor? Eine Gesellschaft kann hohe Wirkschulden tragen, wenn sie dadurch Tragfähigkeit erhöht. Sie kann an niedrigen finanziellen Schulden scheitern, wenn sie gleichzeitig enorme ökologische, soziale und infrastrukturelle Staatsschulden aufbaut. Sie kann formal solide wirken und real zerfallen.

Eine WÖk-Schuldenstatistik müsste deshalb nicht nur neue Kredite ausweisen, sondern deren Wirkungstyp. Der Haushalt würde nicht nur sagen: So viel neue Nettokreditaufnahme. Er würde sagen: Davon voraussichtlich Wirkschulden, davon Reparaturschulden, davon potenzielle Blindschulden, davon riskante Verlustwirkungen. Erst dann wird demokratisch

sichtbar, ob Schulden Zukunft sichern oder Zukunft verbrauchen.

11. Die unsichtbaren Staatsschulden

Die größte Schwäche klassischer Finanzpolitik ist ihre Blindheit für nicht-finanzielle Schulden. Finanzielle Staatsschuld ist sichtbar, weil sie gezählt wird. Sie steht in Haushalten, Statistiken, Schuldenquoten, Zinsplänen und Anleihebeständen. Nicht-finanzielle Staatsschulden sind oft weniger sichtbar, aber ebenso real.

Infrastrukturelle Staatsschuld entsteht, wenn öffentliche Infrastruktur vernachlässigt wird. Brücken, Schulen, Schienen, Krankenhäuser, Wasserleitungen, Stromnetze, Verwaltungsdigitalisierung, kommunale Gebäude und öffentliche Räume altern nicht neutral. Jede verschobene Sanierung kann künftige Kosten erhöhen. Was heute als Sparsamkeit erscheint, kann morgen als teure Reparatur zurückkehren.

Ökologische Staatsschuld entsteht, wenn natürliche Lebensgrundlagen übernutzt werden. Klimaschäden, Biodiversitätsverlust, Wasserstress, Bodenverschlechterung, Luftverschmutzung und Ressourcenerschöpfung sind keine externen Nebeneffekte. Sie sind künftige Kostenpositionen und Stabilitätsrisiken. Ein Haushalt, der finanzielle Schulden begrenzt, aber ökologische Schulden vergrößert, ist nicht zukunftsfähig. Er verschiebt nur die Bilanz.

Soziale Staatsschuld entsteht, wenn Armut, Bildungsungleichheit, Wohnungsnot, Pflegekrise, Gesundheitsbelastung, Einsamkeit, psychische Belastungen oder fehlende Teilhabe nicht bearbeitet werden. Diese Schulden erscheinen später als höhere Sozialausgaben, geringere Produktivität, weniger Vertrauen, höhere Krankheitskosten, Fachkräftemangel und politische Radikalisierung. Sozialpolitik ist deshalb nicht nur Ausgabenpolitik. Sie ist Stabilitätspolitik.

Demokratische Staatsschuld entsteht, wenn Vertrauen, Rechtsstaatlichkeit, Medienqualität, Diskursfähigkeit, institutionelle Glaubwürdigkeit und Beteiligung erodieren. Eine Demokratie kann fiskalisch solide sein und zugleich demokratisch überschuldet. Wenn Menschen Institutionen nicht mehr glauben, Fakten nicht mehr anerkennen, Politik nur noch als Machtspiel erleben und öffentliche Räume von Erregung, Desinformation und Feindbildern geprägt sind, entstehen immense Folgekosten. Demokratie ist kein kostenloses Betriebssystem. Sie braucht Pflege, Bildung, Wahrheit, Transparenz und faire Resonanzräume.

Sicherheitspolitische Staatsschuld entsteht, wenn Verteidigungsfähigkeit, Cybersicherheit, kritische Infrastruktur, Versorgungssicherheit, strategische Resilienz und internationale Stabilität vernachlässigt werden. Auch hier kann Sparen teuer werden. Unterlassene Vorsorge erzeugt später Notlagen, Abhängigkeiten und Erpressbarkeit.

Wissens- und Bildungsschuld entsteht, wenn eine Gesellschaft ihre Menschen nicht auf technologische, ökologische, soziale und demokratische Umbrüche vorbereitet. Fehlende Bildung ist keine private Schwäche, sondern ein öffentliches Risiko. Sie senkt Innovationsfähigkeit, Demokratiekompetenz, Gesundheitskompetenz, Anpassungsfähigkeit und soziale Mobilität.

Die WÖk macht diese unsichtbaren Staatsschulden sichtbar. Sie sagt: Generationengerechtigkeit wird nicht dadurch gesichert, dass nur finanzielle Schulden begrenzt werden. Generationengerechtigkeit entsteht, wenn alle Formen von Zukunftsbelastung betrachtet werden. Ein Kind erbt nicht nur Staatsanleihen. Es erbt Schulen, Böden, Klima, Institutionen, Netze, Wohnungen, Gesundheitssysteme, Diskursräume und Sicherheitslagen.

12. Der Wirkungshaushalt

Ein Wirkungshaushalt ist mehr als ein Haushalt mit Nachhaltigkeitskapitel. Er ist eine neue Logik öffentlicher Mittelverwendung. Jede Ausgabe wird danach betrachtet, welche Zustände sie verändert und wie diese Veränderung überprüft wird. Der Haushalt wird damit von einer reinen Mittel- und Ressortlogik zu einer Rückkopplungsarchitektur.

Im klassischen Haushalt stehen Titel, Beträge, Zuständigkeiten und Rechtsgrundlagen. Das ist notwendig, aber nicht ausreichend. Ein Wirkungshaushalt ergänzt diese Informationen um Wirkungsziele, Wirkungsindikatoren, erwartete Wirkungen erster, zweiter und dritter Ordnung, Risiken, Nicht-Handlungskosten, Ressourcenengpässe, Verteilungswirkungen, Datenquellen und Evaluationszeitpunkte.

Die zentrale Frage lautet: Was bewirkt dieser Euro? Nicht im Sinne einer simplen Renditeberechnung, sondern im Sinne tatsächlicher Zustandsveränderung. Senkt er Gesundheitsrisiken? Erhöht er Bildungsqualität? Verbessert er Mobilität? Reduziert er Emissionen? Stärkt er Resilienz? Erhöht er Vertrauen? Baut er Engpässe ab? Verhindert er Folgekosten? Oder erzeugt er nur Aktivität?

Ein Wirkungshaushalt müsste außerdem Unterlassen bilanzieren. Wenn ein Ressort keine Mittel für Prävention bereitstellt, sollte sichtbar werden, welche Reparaturkosten dadurch wahrscheinlicher werden. Wenn Infrastruktur nicht saniert wird, sollte die wachsende infrastrukturelle Schuld ausgewiesen werden. Wenn Klimaanpassung verschoben wird, sollte das nicht als Haushaltsdisziplin erscheinen, sondern als Risikoaufbau.

Das bedeutet nicht, dass jede Wirkung exakt berechnet werden kann. Wirkungen sind komplex, zeitverzögert und teilweise unsicher. Aber Unsicherheit ist kein Argument für Blindheit. Ein Wirkungshaushalt kann mit Szenarien, Bandbreiten, Evidenzstufen, Wirkpfaden und offenen Unsicherheiten arbeiten. Entscheidend ist, dass die Frage nach Wirkung systematisch gestellt wird.

Der Wirkungshaushalt verändert auch die Logik politischer Priorisierung. Heute konkurrieren Ressorts häufig um Mittel. In einer WÖk-Logik konkurrieren Maßnahmen um Wirkung. Ein kleineres Programm mit hoher Hebelwirkung kann wichtiger sein als ein großes Programm mit geringer Wirkung. Eine präventive Maßnahme kann fiskalisch weniger sichtbar, aber wirkungsökonomisch zentral sein. Ein Projekt kann politisch attraktiv, aber wirkungsarm sein. Der Wirkungshaushalt macht diese Unterschiede sichtbar.

Damit wird der Haushalt zu einem lernenden Instrument. Programme werden nicht einmal beschlossen und dann über Jahre fortgeschrieben, weil sie politisch etabliert sind. Sie werden überprüft, angepasst, beendet oder skaliert. Der Staat wird lernfähiger, ohne demokratische Entscheidung zu ersetzen.

13. Steuern als Rückkopplungsarchitektur

Steuern sind in der WÖk nicht nur Einnahmen. Sie sind Rückkopplung. Sie verbinden Wirkung mit Preisen, Einkommen, Kapitalströmen und Entscheidungen. Ein Steuersystem sagt der Gesellschaft, welches Verhalten günstiger oder teurer wird. Es formt Märkte, Lebensentscheidungen, Unternehmensstrategien und Investitionspfade.

Das heutige Steuersystem ist in vielen Bereichen wirkungsblind. Es besteuert Produkte nach Kategorien, nicht nach tatsächlicher Wirkung. Es besteuert Einkommen nach Höhe, nicht nach Wirkungsqualität. Es behandelt Kapitalerträge oft günstiger als Arbeit, obwohl Kapital starke Systemwirkungen entfaltet. Es kann schädliche Aktivitäten indirekt begünstigen und positive Alternativen belasten.

Eine Wirkungssteuerlogik würde diese Blindheit korrigieren. Produkte, Dienstleistungen, Einkommen, Gewinne und Kapitalflüsse würden nicht nur nach Geldbetrag, sondern nach Wirkung differenziert. Positive Wirkung würde entlastet. Negative Wirkung würde belastet. Neutrale Wirkung bliebe neutral. Nichtkompensierbare Schäden würden rote Linien bilden.

Diese Logik ist keine Strafökonomie. Sie ist auch keine moralische Konsumpolizei. Sie macht nur sichtbar, was heute unsichtbar ist: dass schädliche Aktivitäten reale Kosten erzeugen, die bisher oft von der Allgemeinheit getragen werden. Wenn ein Produkt Umwelt zerstört, Gesundheit belastet oder Menschen ausbeutet, ist es nicht effizient. Es ist nur falsch

bepreist. Wenn ein Unternehmen positive Wirkung erzeugt, aber im Wettbewerb teurer erscheint, liegt das nicht an mangelnder Effizienz, sondern an fehlender Rückkopplung.

Für Staatsfinanzen bedeutet das: Die Einnahmeseite und die Ausgabenseite dürfen nicht getrennt gedacht werden. Es wäre widersprüchlich, wenn der Staat auf der Ausgabenseite Klimaschutz finanziert, aber auf der Einnahmeseite klimaschädliche Aktivitäten entlastet. Es wäre widersprüchlich, wenn der Staat Pflege fördert, aber Care-Arbeit steuerlich und rentenrechtlich weiterhin unterbewertet. Es wäre widersprüchlich, wenn der Staat Demokratie schützen will, aber Geschäftsmodelle der Desinformation steuerlich neutral behandelt.

Wirkungsfinanzpolitik ist deshalb immer auch Steuerpolitik. Sie fragt nicht nur, wie der Staat Geld ausgibt, sondern wie er Geldströme rückkoppelt. Steuern werden zur Infrastruktur der Wirkungs Wahrheit.

14. Zinsen, Verteilung und Tragfähigkeit

Auch Zinsen müssen wirkungsökonomisch betrachtet werden. Der Zins ist nicht nur ein Preis für Kredit. Er ist auch ein Verteilungsmechanismus. Zinszahlungen des Staates fließen an Gläubiger:innen: Banken, Fonds, Versicherungen, Zentralbanken, private Anleger:innen, institutionelle Investoren. Sie können Vermögen stabilisieren, Ungleichheit verstärken oder Altersvorsorge sichern. Ihre Wirkung hängt von Eigentumsstruktur, Zinshöhe, Verwendung der Schulden und gesamtwirtschaftlichem Kontext ab.

Die klassische Sorge lautet: Zinsen verdrängen andere Ausgaben. Das kann stimmen. Wenn Zinslasten steigen, kann der Haushalt enger werden. Aber die WÖk fragt genauer: Welche Gegenwirkung hat die Schuld erzeugt? Eine hohe Zinslast ohne realen Gegenwert ist problematisch. Eine Zinslast für Investitionen, die künftige Risiken stark senken und Produktivität, Resilienz oder Lebensqualität erhöhen, ist anders zu bewerten.

Tragfähigkeit ist deshalb nicht nur eine Frage von Schuldenquote und Zinssatz. Sie ist eine Frage der Wirkungsbasis. Ein Staat ist tragfähiger, wenn seine Wirtschaft produktiv, seine Bevölkerung gesund, seine Infrastruktur funktionsfähig, seine Energieversorgung resilient, seine Demokratie stabil und seine Ökosysteme intakt sind. Diese Faktoren beeinflussen Steuereinnahmen, Krisenkosten, Investitionsfähigkeit und Vertrauen.

Eine WÖk-Tragfähigkeitsanalyse müsste daher neben finanzmathematischen Größen auch Wirkungsgrößen berücksichtigen: Infrastrukturzustand, Bildungsqualität, Gesundheitsindikatoren, Klimarisiken, Biodiversitätsrisiken, Energieabhängigkeiten, soziale Kohäsion, institutionelles Vertrauen, demokratische Resilienz, Lieferkettenrisiken und digitale Souveränität.

Zinsen sind real. Aber sie sind nicht die einzige Zukunftslast. Eine Gesellschaft kann Zinsen zahlen und trotzdem gewinnen, wenn sie damit Zukunftsfähigkeit finanziert. Sie kann Zinsen vermeiden und trotzdem verlieren, wenn sie dafür Infrastruktur, Klima, Bildung und Demokratie vernachlässigt.

Die WÖk verschiebt also auch hier den Maßstab. Nicht jede Zinsausgabe ist gleich. Entscheidend ist der Gegenwert an Wirkung. Die Frage lautet: Was wurde durch die Kreditaufnahme ermöglicht, das künftige Kosten, Risiken oder Instabilitäten senkt?

15. Inflation als Engpass- und Wirkungsproblem

Inflation wird häufig als Hauptargument gegen kreditfinanzierte Ausgaben genannt. Aus wirkungsökonomischer Sicht ist Inflation ernst zu nehmen, aber differenziert zu verstehen. Sie ist nicht bloß ein monetäres Phänomen. Sie ist ein Signal dafür, dass Zahlungsfähigkeit, Güter, Machtstrukturen, Erwartungen und reale Kapazitäten nicht zusammenpassen.

Wenn der Staat zusätzliche Mittel in einen Bereich gibt, in dem die realen Kapazitäten knapp sind, können Preise steigen. Wenn Baukapazitäten fehlen, treiben Milliardenprogramme Baupreise. Wenn Pflegekräfte fehlen, schafft Geld allein keine Pflege. Wenn Netzausbau an Genehmigungen und Fachkräften scheitert, kann Finanzierung nicht sofort Wirkung erzeugen. Deshalb muss Wirkungsfinanzpolitik immer eine Realressourcenprüfung enthalten.

Aber Inflation kann auch durch Unterlassen entstehen. Energiepreisschocks sind oft Folge von Abhängigkeiten. Wohnungsknappheit ist Folge mangelnder Wohnungs- und Bodenpolitik. Lebensmittelpreise können durch Klimaschäden steigen. Versicherungskosten steigen, wenn Risiken nicht präventiv gesenkt werden. Gesundheitskosten steigen, wenn Prävention fehlt. In diesen Fällen ist Sparen nicht inflationsvermeidend, sondern inflationsverschiebend.

Die WÖk unterscheidet daher zwischen inflationsverschärfenden und inflations senkenden Ausgaben. Eine Ausgabe ist inflationsverschärfend, wenn sie zusätzliche Nachfrage auf knappe Kapazitäten lenkt, ohne diese Kapazitäten zu erweitern. Eine Ausgabe ist inflations senkend, wenn sie strukturelle Engpässe abbaut: Energieabhängigkeit reduziert, Wohnraum schafft, Pflegekapazitäten stärkt, Lieferketten resilienter macht, Klimarisiken senkt oder Marktmacht begrenzt.

Damit wird Inflation nicht zum pauschalen Argument gegen Staatsausgaben. Sie wird zum Prüfpunkt für Wirkungsdesign. Wo liegen die Engpässe? Baut die Ausgabe sie ab? Verschärft sie sie? Welche zeitliche Sequenz ist nötig? Müssen zuerst Ausbildung, Planung, Genehmigung, Dateninfrastruktur oder institutionelle Kapazität aufgebaut werden, bevor Geld großflächig fließt?

Eine WÖk-Finanzpolitik wäre deshalb vorsichtiger und mutiger zugleich. Vorsichtiger, weil sie reale Engpässe ernst nimmt. Mutiger, weil sie erkennt, dass viele Inflationsrisiken durch präventive öffentliche Investitionen sinken können.

16. Schuldenbremse und Wirkungshaushalt

Die Schuldenbremse versucht, finanzielle Disziplin zu erzwingen. Ihr Ziel ist nachvollziehbar: Der Staat soll nicht dauerhaft beliebig mehr ausgeben, als er einnimmt. Aber als alleiniger Maßstab ist sie unvollständig. Sie unterscheidet nicht hinreichend zwischen Zukunftssicherung und Zukunftsverbrauch. Sie sieht finanzielle Schulden, aber nicht alle nicht-finanziellen Staatsschulden. Sie kann Investitionen verhindern, die künftige Folgekosten senken würden.

Aus WÖk-Sicht ist das Problem nicht Disziplin an sich. Im Gegenteil: Wirkungsfinanzpolitik verlangt strengere Disziplin als die klassische Haushaltsdebatte. Aber es ist eine andere Disziplin. Nicht Haushaltsdisziplin um ihrer selbst willen, sondern Zukunftsdisziplin. Nicht die Disziplin, jede Kreditaufnahme zu vermeiden, sondern die Disziplin, jede öffentliche Finanzierung an Wirkung, Ressourcen und Rückkopplung zu binden.

Eine wirkungsökonomische Schuldenregel müsste daher anders aufgebaut sein. Sie müsste Wirkschulden ermöglichen, Blind- und Verlustschulden begrenzen, Reparaturschulden sichtbar machen und nicht-finanzielle Staatsschulden ausweisen. Sie müsste fragen, ob eine Kreditaufnahme künftige Risiken senkt oder künftige Lasten erhöht. Sie müsste zusätzliche Spielräume an Wirkungsprüfung, Datenqualität und Evaluationspflicht koppeln.

Das wäre keine einfache goldene Regel für Investitionen. Denn nicht jede Investition ist wirksam. Ein Bauprojekt kann schädlich sein. Eine digitale Infrastruktur kann Abhängigkeiten verstärken. Eine militärische Ausgabe kann ohne Strategie verpuffen. Eine Bildungsinvestition kann wirkungsarm bleiben, wenn sie an falschen Strukturen ansetzt. Auch Investitionen brauchen Wirkungsprüfung.

Umgekehrt können manche konsumtiv wirkenden Ausgaben hohe Wirkleistung haben. Pflegepersonal, Lehrkräfte, Präventionsarbeit, Sozialarbeit, Demokratieförderung, Journalismusförderung oder Resilienzarbeit erscheinen haushalterisch oft als laufende Ausgaben. Wirkungsökonomisch können sie Investitionen in Systemstabilität sein. Die alte Trennung von konsumtiv und investiv reicht deshalb nicht aus.

Eine WÖk-Schuldenregel müsste nach Wirkungsdauer, Wirkungsintensität, Nicht-Handlungskosten und Rückkopplungsfähigkeit unterscheiden. Sie würde die Schuldenbremse nicht einfach abschaffen. Sie würde sie transformieren: von einer finanzzentrierten Begrenzungsregel zu einer wirkungsorientierten Zukunftsregel.

17. Sondervermögen als Übergangsform

Sondervermögen entstehen häufig, wenn die normale Haushaltslogik wichtige Zukunftsaufgaben nicht mehr abbilden kann. Sie sind ein Symptom: Der reguläre Haushalt ist zu eng, zu träge oder zu sehr von kurzfristigen Regeln geprägt, um große Transformationsaufgaben zu finanzieren. Deshalb werden Sonderkonstruktionen geschaffen.

Aus WÖk-Sicht können Sondervermögen sinnvoll sein, wenn sie echte Wirkleistung ermöglichen. Ein Infrastruktur- oder Klimafonds kann Zukunft sichern, wenn er zusätzliche, klar geprüfte, wirksame Investitionen finanziert. Er kann aber auch zum Schattenhaushalt werden, wenn er Transparenz verringert, politische Prioritäten verschleiert oder Mittel ohne ausreichende Wirkungskontrolle verteilt.

Die entscheidende Frage lautet daher nicht, ob Sondervermögen gut oder schlecht sind. Die Frage lautet: Welche Wirkungsarchitektur haben sie? Gibt es klare Ziele? Gibt es eine Ex-ante-Prüfung? Gibt es ein begleitendes Monitoring? Werden Nicht-Handlungskosten ausgewiesen? Werden Projekte nach Netto-Wirkung priorisiert? Gibt es Abbruch- oder Anpassungsregeln? Werden soziale, ökologische und demokratische Wirkungen gemeinsam betrachtet? Ist die Mittelverwendung öffentlich nachvollziehbar?

Ein Sondervermögen ohne Wirkungsarchitektur kann Blindleistung erzeugen. Ein Sondervermögen mit Wirkungsarchitektur kann ein Übergangsinstrument zur Wirkungsfinanzpolitik sein. Es kann zeigen, wie öffentliche Kredite an Wirkung, Daten und Rückkopplung gebunden werden.

Langfristig sollte der Wirkungshaushalt jedoch nicht im Sondervermögen bleiben. Er sollte zur normalen Haushaltslogik werden. Wenn Zukunftsaufgaben nur über Ausnahmen finanzierbar sind, ist die Regel falsch gebaut. Eine reife Wirkungsfinanzpolitik braucht keine dauerhafte Umgehungsarchitektur, sondern einen Haushalt, der Wirkung selbst zum Steuerungsprinzip macht.

18. Ukrainehilfe als Wirkungsfrage

Die Ukrainehilfe zeigt besonders deutlich, warum Staatsfinanzen aus WÖk-Sicht nicht nur als Kostenfrage betrachtet werden dürfen. Die klassische Frage lautet: Wie viel kostet die Unterstützung? Die wirkungsökonomische Frage lautet: Welche Risiken, Folgekosten und Destabilisierungen entstehen, wenn Unterstützung unterbleibt oder unzureichend ist?

Sicherheitspolitische Ausgaben sind nicht automatisch Wirkleistung. Sie können wirkungslos, falsch priorisiert oder eskalationsriskant sein. Aber sie können auch zentrale Resilienzleistung sein. Wenn Unterstützung der Ukraine dazu beiträgt, europäische Sicherheit, territoriale Selbstbestimmung, demokratische Stabilität, Abschreckung, Völkerrecht und Schutz vor weiterer Aggression zu sichern, dann ist sie nicht nur Ausgabe. Sie ist Risikoreduktion.

Die WÖk betrachtet hier Wirkungen erster, zweiter und dritter Ordnung. Wirkung erster Ordnung: militärische, humanitäre oder finanzielle Unterstützung ermöglicht unmittelbare Verteidigung, Versorgung oder staatliche Funktionsfähigkeit. Wirkung zweiter Ordnung: Europa reduziert das Risiko weiterer Destabilisierung, Fluchtbewegungen, Energieerpressung, Sicherheitskosten und politischer Erpressbarkeit. Wirkung dritter Ordnung: Die internationale Norm, dass Grenzen nicht mit Gewalt verschoben werden dürfen, wird gestützt; demokratische Gesellschaften zeigen Handlungsfähigkeit; autoritäre Signalwirkungen werden begrenzt.

Natürlich müssen auch Nebenwirkungen geprüft werden: Eskalationsrisiken, Korruption, Fehlallokation, Rüstungsabhängigkeiten, soziale Verteilung im Geberland, demokratische Zustimmung, Kontrolle der Mittelverwendung. Eine WÖk-Perspektive romantisiert Sicherheitsausgaben nicht. Sie verlangt gerade hier Wirkungsprüfung.

Aber sie weist die verkürzte Kostenfrage zurück. Wenn die Alternative zu heutigen Ausgaben viel höhere künftige Sicherheits-, Flüchtlings-, Energie-, Verteidigungs-, Wiederaufbau- und Destabilisierungskosten sind, dann kann Nicht-Handeln die teuerste Option sein. Öffentliche Finanzen müssen daher nicht nur Zahlungsströme, sondern Risikopfade betrachten.

Die Ukrainehilfe wird so zum Beispiel für eine breitere These: Sicherheit ist ein Wirkungsfeld. Frieden, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Stabilität und Schutz vor Aggression sind nicht externe Werte neben der Finanzpolitik. Sie sind Voraussetzungen tragfähiger Wohlstandsordnung.

19. Klima, Infrastruktur, Bildung, Pflege und Care

Klimaschutz, Infrastruktur, Bildung, Pflege und Care sind klassische Felder, in denen die alte Haushaltslogik zu kurz greift. Sie erscheinen oft als Kostenblöcke, obwohl sie in Wirklichkeit Stabilitäts- und Zukunftsinvestitionen sind.

Klimaschutz wird häufig gefragt: Was kostet Transformation? Die WÖk fragt: Was kostet Nicht-Transformation? Klimaschäden, Hitzetote, Ernteaufschläge, Wasserknappheit, Versicherungsverluste, Infrastrukturzerstörung, Migration, Biodiversitätsverlust, Energieabhängigkeit und geopolitische Verwundbarkeit sind reale Kosten. Wer Klimainvestitionen nur als Ausgabe betrachtet, ignoriert die wachsende ökologische Staatsschuld.

Infrastruktur ist ähnlich. Eine Brücke, die heute nicht saniert wird, verschwindet nicht aus der Wirklichkeit. Sie wird zur infrastrukturellen Schuld. Wenn sie später gesperrt, abgerissen oder notfallmäßig ersetzt werden muss, entstehen höhere Kosten und zusätzliche Produktivitätsverluste. Die vermeintliche Einsparung war eine Verschiebung.

Bildung ist eine der wichtigsten Formen öffentlicher Wirkleistung. Sie erzeugt nicht nur Einkommen, sondern Demokratiekompetenz, Gesundheitskompetenz, Innovationsfähigkeit, soziale Mobilität und Selbstwirksamkeit. Ein Bildungssystem, das Menschen nicht zukunftsfähig macht, produziert künftige soziale und demokratische Kosten. Unterfinanzierte Bildung ist keine Sparmaßnahme, sondern Wissensschuld.

Pflege und Care zeigen die blinde Stelle des alten Leistungsbegriffs besonders klar. Care-Arbeit stabilisiert Familien, Gesundheitssysteme, Erwerbsfähigkeit, Würde und sozialen Zusammenhalt. Sie erscheint im Haushalt oft als Kostenfaktor. In Wirklichkeit ist sie Systemleistung. Wenn Care-Arbeit unterbewertet wird, entstehen Burnout, Fachkräftemangel, gesundheitliche Folgekosten, soziale Belastungen und Vertrauensverlust.

Die WÖk verschiebt den Blick: Nicht alles, was als Ausgabe erscheint, ist Kostenverbrauch. Vieles ist Wirkleistung. Nicht alles, was als Wachstum erscheint, ist Wohlstand. Vieles ist Scheinleistung oder Verlustleistung. Eine Wirkungsfinanzpolitik müsste diese Kategorien in den Haushalt zurückholen.

20. Unterlassen als teuerste Form der Staatsfinanzierung

Eine der wichtigsten Einsichten der WÖk lautet: Auch Unterlassen wirkt. Nicht-Handeln ist keine neutrale Position. Wenn der Staat Klimaanpassung verschiebt, wirkt das. Wenn er Bildung vernachlässigt, wirkt das. Wenn er Desinformation nicht adressiert, wirkt das. Wenn er Pflegekrisen laufen lässt, wirkt das. Wenn er Infrastruktur altern lässt, wirkt das.

Unterlassen ist oft politisch attraktiv, weil es kurzfristig keine Ausgabe erzeugt. Es scheint billig. Es passt in Haushaltsregeln. Es vermeidet Konflikte. Aber es erzeugt Wirkungspotenzial - oft negatives. Risiken wachsen im Hintergrund. Schäden werden wahrscheinlicher. Reparaturkosten steigen. Vertrauen sinkt. Handlungsspielräume verengen sich.

Die klassische Finanzpolitik hat dafür keine ausreichende Sprache. Sie kann Ausgaben kritisieren, aber sie bilanziert unterlassene Ausgaben selten als Schuld. Sie sieht das Defizit, wenn der Staat investiert. Sie sieht nicht das Defizit, das entsteht, wenn der Staat nicht investiert. Die WÖk ergänzt diese fehlende Seite.

Eine wirkungsökonomische Haushaltsvorlage müsste daher Nicht-Handlungskosten ausweisen. Was passiert, wenn diese Investition nicht erfolgt? Welche Risiken steigen? Welche Reparaturkosten werden wahrscheinlicher? Welche sozialen, ökologischen oder demokratischen Schäden entstehen? Welche Engpässe verfestigen sich? Welche künftigen Ausgaben werden dadurch wahrscheinlicher?

Das verändert die politische Debatte. Eine Regierung könnte sich nicht mehr allein als solide darstellen, weil sie Ausgaben reduziert. Sie müsste zeigen, dass diese Reduktion keine höhere Staatsschuld anderer Art erzeugt. Sparen müsste ebenso begründungspflichtig werden wie Ausgeben.

So entsteht Zukunftsdisziplin. Sie sagt: Wer heute nicht handelt, muss zeigen, dass daraus keine höheren Wirkungsverluste entstehen. Die Beweislast verschiebt sich. Nicht nur der Kredit muss begründet werden. Auch der Verzicht auf Kredit muss begründet werden, wenn dadurch Zukunftsschäden wachsen.

21. Prüfarchitektur: Ex ante, begleitend, ex post

Wirkungsfinanzpolitik braucht eine Prüfarchitektur. Ohne Prüfung würde Wirkung zur Behauptung. Jede Regierung könnte ihre Ausgaben als zukunftsicher darstellen. Jedes Ressort könnte Wirkung rhetorisch beanspruchen. Jede Lobby könnte ihre Interessen als öffentliche Wirkung tarnen. Die WÖk muss deshalb institutionell gegen Wirkungssimulation geschützt werden.

Ex ante braucht jede größere Ausgabe eine Wirkungsbegründung. Diese beschreibt den Ausgangszustand, das Problem, die erwartete Zustandsveränderung, die Wirkpfade, die Indikatoren, die Risiken, die Nicht-Handlungskosten, die betroffenen Gruppen und die roten Linien. Sie muss auch erklären, warum die gewählte Finanzierungsform angemessen ist: laufende Einnahmen, Kredit, Fonds, Steueranreiz, Regulierung oder Kombination.

Begleitend braucht die Ausgabe Monitoring. Wirkung entsteht nicht automatisch, weil Geld bewilligt wurde. Programme können scheitern, verzögert werden, Nebenwirkungen erzeugen oder von Akteuren umgedeutet werden. Deshalb müssen Wirkungsdaten während der Umsetzung erhoben werden. Nicht nur Output - etwa ausgezahlte Mittel oder gebaute Kilometer -, sondern Outcome und Impact: Hat sich der Zustand verbessert?

Ex post braucht es Evaluation. Wurde die erwartete Wirkung erreicht? Gab es unerwartete Nebenwirkungen? War die Maßnahme kosteneffektiv? Wurden Engpässe gelöst oder verschärft? War Kreditfinanzierung gerechtfertigt? Welche Lernschleifen ergeben sich für künftige Programme?

Diese Prüfung darf nicht rein ministeriell sein. Ein Wirkungsrat oder vergleichbare unabhängige Institutionen müssten Indikatoren, Benchmarks und Bewertungslogiken prüfen. Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Bürger:innen sollten beteiligt sein, ohne dass Einzelinteressen dominieren. Transparenz ist zentral: Protokolle, Daten, Unsicherheiten und Bewertungsannahmen müssen öffentlich nachvollziehbar sein.

Die Prüfarchitektur muss aber auch verhältnismäßig sein. Nicht jedes kleine Projekt braucht ein riesiges Gutachten. Die Tiefe der Prüfung hängt von Finanzvolumen, Risiko, Irreversibilität und Systemwirkung ab. Eine WÖk-Bürokratie darf nicht zur neuen Blindleistung werden. Gute Wirkungsprüfung reduziert Komplexität, statt sie zu vervielfachen.

22. Datengrundlagen und Wirkungsmetriken

Wirkungsfinanzpolitik braucht Daten. Aber sie beginnt nicht bei null. Viele Datengrundlagen existieren bereits: SDGs, Agenda 2030, SDG-Indikatoren, CSRD, ESRS, GRI, EU-Taxonomie, NACE, digitale Produktpässe, Haushaltsdaten, Umweltindikatoren, Sozialstatistiken, Gesundheitsdaten, Bildungsdaten, Infrastrukturkataster, Klimarisikoanalysen und wissenschaftliche Studien.

Die WÖk verbindet diese Daten zu einer Wirkungsarchitektur. WÖk-IDs können Tätigkeiten, Produkte, Projekte oder Programme systematisch mit Wirkungsindikatoren verknüpfen. Scorecards übersetzen Messwerte in verständliche Bewertungen. Die Reverse Merit Order verhindert, dass kritische Schäden durch gute Durchschnittswerte verdeckt werden. Der Netto-Wirkungs-Index (NWI) kann operative Netto-Wirkung bewerten. Der T-SROI kann Transformation, systemische Hebelwirkung, Resilienz und langfristige Wirkung erfassen.

Für öffentliche Finanzen wäre eine Kombination sinnvoll. Der NWI beantwortet: Ist diese Maßnahme unter Berücksichtigung positiver und negativer Wirkungen netto sinnvoll? Der IOI beantwortet: Wie viel positive Netto-Wirkung entsteht pro investiertem Euro? Der T-SROI beantwortet: Verändert diese Maßnahme Systemlogiken, Standards, Anreize oder Handlungspfade in Richtung Transformation? Eine Investition kann netto positiv sein, aber geringe Transformationswirkung haben. Eine andere kann anfangs teuer sein, aber große Hebelwirkung entfalten.

Datenqualität ist dabei entscheidend. Wirkungsmessung darf keine Scheinpräzision erzeugen. Wo Daten hart sind, sollen sie genutzt werden. Wo Daten unsicher sind, müssen Bandbreiten und Annahmen offengelegt werden. Wo Wirkungen qualitativ sind, braucht es transparente Methodik. Wo rote Linien betroffen sind, darf nicht gerechnet werden, als seien sie normale Variablen.

Wirkungsdaten müssen zudem demokratisch geschützt werden. Die WÖk ist keine Personenbewertung und kein Social-Credit-System. Sie bewertet nicht den Wert eines Menschen. Sie bewertet die Wirkung von Handlungen, Produkten, Programmen, Kapitalflüssen und institutionellen Entscheidungen. Diese Grenze ist zentral.

22a. Der fehlende Indikator: IOI

Wenn öffentliche Mittel nach Wirkung gesteuert werden sollen, braucht es neben dem T-SROI eine einfache operative Kennzahl: den IOI, den Impact of Investment.

Der ROI fragt, wie viel finanzieller Rückfluss aus einer Investition entsteht. Der SROI erweitert diese Perspektive um soziale und ökologische Nutzen. Der T-SROI fragt, ob eine Investition ganze Systeme transformiert.

Der IOI setzt früher an. Er fragt:

Wie viel positive Netto-Wirkung entsteht pro investiertem Euro?

Formelhaft:

$$\text{IOI} = \text{positive Netto-Wirkung} / \text{Investitionssumme}$$

Für die Wirkungsfinanzpolitik ist diese Kennzahl zentral. Denn ein Staat muss nicht nur wissen, ob eine Investition finanzierbar ist. Er muss wissen, welche Ausgabe pro Euro die größte Wirkung erzeugt, welche Programme Blindleistung produzieren und welche Investitionen spätere Schäden vermeiden.

Der IOI ersetzt den T-SROI nicht. Er ergänzt ihn.

IOI misst Wirkungseffizienz. T-SROI misst Transformationswirkung.

Eine Maßnahme kann einen hohen IOI haben, weil sie pro Euro viel positive Netto-Wirkung erzeugt. Eine andere Maßnahme kann einen hohen T-SROI haben, weil sie Märkte, Standards, Infrastrukturen oder Verhaltenspfade verändert. Gute Wirkungsfinanzpolitik braucht beide Perspektiven.

Der IOI darf aber nicht zur neuen Ein-Kennzahl-Logik werden. Ein hoher IOI ersetzt keine Wirkungsgrenzen, keine Nichtkompensation, keine Grundrechte und keine demokratische Entscheidung. Er zeigt Wirkungseffizienz - nicht allein politische Legitimität.

23. Abgrenzung: Keine Planwirtschaft, keine Ausgabenromantik

Eine naheliegende Kritik lautet: Wird der Staat mit Wirkungsfinanzpolitik nicht zum Planer, der vorgibt, was gut ist? Die Antwort lautet: Nein, wenn die WÖk richtig verstanden wird. Die Wirkungsökonomie ersetzt Märkte nicht durch zentrale Planung. Sie verbessert die Rückkopplung, damit dezentrale Entscheidungen bessere Informationen und Anreize erhalten.

Planwirtschaft setzt Ziele und Mengen zentral fest. Die WÖk setzt Wirkungsleitplanken, macht externe Kosten sichtbar, stärkt Datenqualität, verhindert Nichtkompensation und verändert Preise, Steuern, Beschaffung und Kapitalzugang. Märkte bleiben Suchprozesse. Unternehmen bleiben innovativ. Bürger:innen bleiben frei. Aber die Wirklichkeit wird ehrlicher in die Entscheidungssignale eingebaut.

Ebenso ist die WÖk keine Ausgabenromantik. Sie sagt nicht: Mehr Staat ist immer besser. Manchmal ist mehr öffentliche Finanzierung notwendig. Manchmal ist weniger, aber besser gesteuerte Finanzierung wirksamer. Manchmal ist Regulierung wichtiger als Geld. Manchmal ist der Abbau destruktiver Subventionen wirksamer als ein neues Förderprogramm. Manchmal muss der Staat investieren. Manchmal muss er aufhören, falsche Anreize zu finanzieren.

Die WÖk ist also weder austeritätspolitisch noch schuldenromantisch. Sie ist wirkungsorientiert. Sie kritisiert Sparpolitik, wenn sie Zukunftsschulden erzeugt. Sie kritisiert Ausgabenpolitik, wenn sie Blind- oder Verlustleistung erzeugt. Sie kritisiert Marktgläubigkeit, wenn Märkte falsche Preise senden. Sie kritisiert Staatsgläubigkeit, wenn Programme ohne Wirkung laufen.

Gerade darin liegt ihre Stärke. Sie entzieht sich den alten Lagern. Sie fragt nicht zuerst: Staat oder Markt? Sparen oder Schulden? Wachstum oder Verzicht? Sie fragt: Welche Wirkung entsteht - und wie können Staat, Markt, Kapital, Zivilgesellschaft und Bürger:innen so rückgekoppelt werden, dass positive Netto-Wirkung wahrscheinlicher wird?

24. Wirkungsfinanzpolitik als neue Disziplin

Aus all dem ergibt sich ein neues Feld: Wirkungsfinanzpolitik.

Wirkungsfinanzpolitik ist die Lehre davon, wie öffentliche Einnahmen, Ausgaben, Kredite, Zinsen, Vermögen, Steuern und Investitionen nach ihrer Netto-Wirkung auf Mensch, Planet und Demokratie gesteuert werden.

Sie verbindet MMT als Kritik des Haushaltsmythos, Functional Finance als Ergebnisorientierung, Public Purpose als öffentliche Zweckfrage, mission-oriented policy als Gestaltung öffentlicher Wertschöpfung, Planetary Boundaries als reale ökologische Grenze, Beyond-GDP als Kritik enger Wohlstandsmessung und die Wirkungsökonomie als operative Rückkopplungsarchitektur.

Ihr Ziel ist nicht der ausgeglichene Haushalt um jeden Preis. Ihr Ziel ist auch nicht maximale Verschuldung. Ihr Ziel ist ein lernfähiger Staat, der öffentliche Mittel so einsetzt, dass sie Zustände verbessern, Risiken senken und Zukunftsfähigkeit erhöhen.

Die Leitfragen lauten: Welche öffentlichen Mittel erzeugen Wirkleistung? Welche erzeugen Blindleistung? Welche erzeugen Verlustleistung? Welche Reparaturkosten entstehen durch Unterlassen? Welche unsichtbaren Staatsschulden werden aufgebaut? Welche Finanzierungsform passt zur Wirkungsdauer? Welche Steuerlogik koppelt Wirkung zurück? Welche Institutionen sichern Prüfung und Lernen?

Damit wird Finanzpolitik aus der Buchhaltung in die Systemsteuerung überführt. Sie bleibt demokratisch. Sie bleibt rechtlich gebunden. Sie bleibt ökonomisch realistisch. Aber sie misst nicht mehr nur Bewegung, sondern Richtung.

Wirkungsfinanzpolitik wäre damit ein Kernfeld der Wirkungsökonomie. Sie übersetzt den Satz "Wirkung statt Kapital" in den Staatshaushalt. Kapital bleibt Werkzeug. Geld bleibt wichtig. Schulden bleiben relevant. Zinsen bleiben real. Inflation bleibt Risiko. Aber keine dieser Größen ist der letzte Maßstab. Der letzte Maßstab ist die Wirkung auf Mensch, Planet und Demokratie.

25. Praktische Leitlinien für eine Wök-Finanzpolitik

Eine Theorie öffentlicher Finanzen bleibt wirkungslos, wenn sie nicht in Regeln, Verfahren und politische Sprache übersetzt wird. Wirkungsfinanzpolitik braucht deshalb praktische Leitlinien. Sie sollen nicht jede Entscheidung automatisieren, sondern die richtigen Fragen verbindlich machen.

1. Jede größere Ausgabe braucht eine Wirkungsbegründung

Die erste Regel lautet: Öffentliche Mittel müssen begründen, welche Zustände sie verändern sollen. Eine Wirkungsbegründung ist mehr als ein Zieltext. Sie beschreibt Ausgangslage, Zielzustand, betroffene Gruppen, Wirkpfad, Risiken, Datenquellen und Evaluationszeitpunkt. Sie muss auch offenlegen, ob die Maßnahme Wirkleistung, Blindleistung oder Verlustleistung erzeugen könnte.

Das klingt aufwendig, ist aber im Kern eine Vereinfachung. Viele heutige Programme erzeugen Bürokratie, weil ihre Wirkungslogik unklar ist. Dann werden Nachweise, Zwischenberichte, Förderbedingungen und Sonderregelungen ergänzt, um Unsicherheit zu kompensieren. Eine klare Wirkungsbegründung am Anfang kann spätere Blindleistung reduzieren.

2. Kreditfinanzierung muss zur Wirkungsdauer passen

Nicht jede Ausgabe sollte kreditfinanziert werden. Aber auch nicht jede kreditfinanzierte Ausgabe ist problematisch. Entscheidend ist die Wirkungsdauer. Wenn eine Ausgabe über viele Jahre oder Generationen Nutzen stiftet, kann es legitim sein, ihre Finanzierung über Zeit zu verteilen. Wer heute in Schienen, Netze, Schulen, Klimaanpassung oder digitale Souveränität investiert, schafft Nutzen für kommende Menschen. Dann kann Kreditfinanzierung generationengerecht sein.

Problematisch wird Kreditfinanzierung, wenn sie kurzfristigen Verbrauch, politische Symbolik oder destruktive Strukturen finanziert. Dann zahlen kommende Generationen nicht für eigene Vorteile, sondern für die Gegenwartsschwäche früherer Politik. Eine Wök-Regel müsste deshalb fragen: Entspricht die Laufzeit der Finanzierung der Wirkungsdauer der Maßnahme?

3. Nicht-Handlungskosten gehören in jede Haushaltsentscheidung

Die dritte Regel ist besonders wichtig: Wer gegen eine Ausgabe argumentiert, muss die Kosten des Unterlassens mitbilanzieren. Wenn Klimaanpassung verschoben wird, entstehen Risiken. Wenn Pflege nicht stabilisiert wird, entstehen Folgekosten. Wenn Bildung nicht verbessert wird, entstehen Wissens-, Demokratie- und Innovationsschulden. Wenn Infrastruktur nicht saniert wird, entstehen Reparaturschulden.

Damit wird Sparen nicht verboten. Aber Sparen wird begründungspflichtig. Eine Kürzung ist dann nicht automatisch solide. Sie ist nur solide, wenn sie keine höheren Wirkungsverluste erzeugt. Diese Regel würde die politische Debatte ehrlicher machen, weil sie die unsichtbare Seite des Haushalts sichtbar macht.

4. Der Haushalt muss Schulden nach Wirkungstypen ausweisen

Eine WÖk-Finanzpolitik sollte neue Schulden nicht nur nach Ressort oder Titel ausweisen, sondern nach Wirkungstyp: Wirkschulden, Blindschulden, Verlustschulden, Reparaturschulden. Diese Einordnung ist nicht immer eindeutig, aber genau deshalb politisch wertvoll. Sie zwingt zur Begründung.

Wenn eine Regierung behauptet, neue Kredite seien Investitionen in die Zukunft, muss sie zeigen, warum sie Wirkschulden sind. Wenn sie Reparaturschulden aufnimmt, muss sichtbar werden, welche frühere Unterlassung sie notwendig gemacht hat. Wenn Blindleistungsrisiken bestehen, braucht es Abbruchkriterien. Wenn Verlustwirkungen drohen, müssen rote Linien greifen.

5. Steuern und Ausgaben müssen zusammen bewertet werden

Der Staat kann nicht auf der Ausgabenseite Zukunft finanzieren und auf der Einnahmeseite Zukunft beschädigen. Eine WÖk-Finanzpolitik betrachtet Steuerregeln und Ausgabenprogramme gemeinsam. Wenn schädliche Aktivitäten steuerlich entlastet werden, muss das als negative Wirkung im Haushalt erscheinen. Wenn positive Aktivitäten belastet werden, muss das ebenfalls sichtbar werden.

Das betrifft Produktsteuern, Einkommensteuern, Kapitalbesteuerung, Subventionen, Abschreibungen, Vergünstigungen und öffentliche Beschaffung. Der Haushalt ist nicht nur ein Ausgabenplan. Er ist ein Wirkungsnetz aus Einnahmen, Ausgaben, Anreizen und Regeln.

6. Jede Wirkungsregel braucht demokratische Sicherung

Wirkungsfinanzpolitik darf nicht zur Expertokratie werden. Daten, Indikatoren und Bewertungsmodelle sind wichtig, aber sie ersetzen keine Demokratie. Sie müssen öffentlich, überprüfbar und korrigierbar sein. Der Wirkungsrat oder vergleichbare Institutionen dürfen keine unkontrollierte Macht erhalten. Sie sollen Transparenz, Qualität und Lernfähigkeit sichern.

Demokratische Sicherung bedeutet auch, Unsicherheit offen zu benennen. Wirkungsprognosen sind keine Orakel. Sie sind begründete Annahmen über Wirkpfade. Wenn sie falsch sind, muss das System lernen. Versionierung, Evaluation, Widerspruch, öffentliche Debatte und Rechtsschutz gehören zur Wirkungsarchitektur.

7. Die Sprache der Finanzpolitik muss sich ändern

Schließlich braucht Wirkungsfinanzpolitik eine andere politische Sprache. Solange Medien und Politik nur von "Kosten", "Belastungen", "Sparen", "Schulden" und "Entlastung" sprechen, bleibt die Wirkungsseite unsichtbar. Eine neue Sprache würde fragen: Welche Wirkleistung entsteht? Welche Blindleistung wird reduziert? Welche Verlustleistung wird beendet? Welche Reparaturschulden entstehen durch Unterlassen? Welche Wirkung hat der Euro?

Sprache ist nicht Nebensache. Sie formt den Resonanzraum, in dem Bürger:innen politische Entscheidungen verstehen. Wenn Zukunftsinvestitionen nur als Kosten erscheinen, verlieren sie Legitimation. Wenn Reparaturkosten als Schicksal erscheinen, bleibt Prävention unsichtbar. Wenn Steuern nur als Last erscheinen, wird ihre Lenkungswirkung nicht verstanden.

Praktische Wirkungsfinanzpolitik beginnt deshalb nicht erst im Haushalt. Sie beginnt in der Art, wie eine Gesellschaft über Geld spricht.

26. Schluss: Von Schuldenangst zu Zukunftsdisziplin

Die Finanzdebatte des 21. Jahrhunderts braucht einen neuen Maßstab. Die alte Gegenüberstellung von Sparsamkeit und Verschuldung reicht nicht mehr. Sie ist zu grob für eine Welt multipler Krisen, ökologischer Grenzen, digitaler Umbrüche, geopolitischer Risiken und sozialer Erosion.

MMT hilft, die falsche Angst vor Staatsschulden zu entkräften. Sie zeigt, dass der Staat nicht einfach ein großer Privathaushalt ist. Functional Finance hilft, Defizite nach ihrer Funktion statt nach moralischer Haushaltsästhetik zu beurteilen. Mission-oriented policy zeigt, dass der Staat Märkte gestalten und öffentliche Wertschöpfung organisieren kann. Planetare Grenzen zeigen, dass die echten Grenzen in Lebenssystemen liegen. Beyond-GDP zeigt, dass Wachstum allein kein Wohlstandsmaß ist.

Die Wirkungsökonomie verbindet diese Einsichten und geht weiter.

Sie fragt nicht: Sind Schulden gut oder schlecht?

Sie fragt: Welche Wirkung erzeugen sie?

Sie fragt nicht: Haben wir Geld?

Sie fragt: Welche realen Ressourcen, Institutionen und Daten brauchen wir, damit Geld Zustände verbessert?

Sie fragt nicht: Was kostet Handeln?

Sie fragt: Was kostet Unterlassen?

Damit entsteht eine neue öffentliche Finanzlogik. Der Staatshaushalt wird zum Wirkungshaushalt. Steuern werden zur Rückkopplungsarchitektur. Staatsschulden werden nach Wirkungstypen unterschieden. Zinsen werden nach Gegenwert und Verteilungswirkung betrachtet. Inflation wird als Ressourcen- und Engpasssignal verstanden. Investitionen werden nach NWI und T-SROI bewertet. Demokratie entscheidet weiterhin, aber mit besserer Wirkungs Wahrheit.

Die Leitformel lautet:

Nicht Schulden belasten die Zukunft. Wirkungslosigkeit belastet die Zukunft.

Oder präziser:

Nicht die Kreditaufnahme entscheidet über Generationengerechtigkeit, sondern ob der Kredit künftige Risiken senkt, reale Handlungsfähigkeit erhöht und positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie erzeugt.

Das ist Wirkungsfinanzpolitik. Sie ist keine Einladung zu grenzenlosem Ausgeben. Sie ist eine Einladung zu strengerer, ehrlicherer und zukunftsfähigerer Finanzpolitik. Sie ersetzt Schuldenangst durch Zukunftsdisziplin. Sie ersetzt Haushaltsmoral durch Wirkungsverantwortung. Sie ersetzt die Frage "Wie viel Geld bewegt sich?" durch die Frage, die im Zentrum der Wirkungsökonomie steht:

Was bewirkt es?

27. Fragen, Einwände und Abgrenzungen

Ist Wirkungsfinanzpolitik einfach MMT?

Nein. MMT ist ein wichtiger Anschluss, aber nicht der Kern. MMT erklärt, warum der Staat nicht wie ein Privathaushalt funktioniert. Wirkungsfinanzpolitik fragt, welche Wirkung staatliche Finanzierung erzeugt.

Kurz gesagt: MMT öffnet den Raum gegen Schuldenmythen. Wirkungsfinanzpolitik füllt diesen Raum mit einem Wirkungskompass.

Ist MMT damit falsch?

Nein. Gute MMT-Positionen betonen reale Ressourcen, Inflation, Steuern, Beschäftigung und öffentlichen Zweck. Die WÖk widerspricht dem nicht. Sie übernimmt die nützliche Einsicht, dass die Finanzierungsfrage anders gestellt werden muss, und ergänzt die Wirkungsfrage.

Was ist der Unterschied zwischen Public Purpose und positiver Netto-Wirkung?

Public Purpose benennt den Anspruch, dass staatliche Finanzierung einem öffentlichen Zweck dienen soll. Die Wirkungsökonomie operationalisiert diesen Zweck als positive Netto-Wirkung für Mensch, Planet und Demokratie.

Public Purpose ist der Anspruch. Wirkungsfinanzpolitik macht ihn prüfbar.

Warum reicht MMT allein nicht?

Weil eine Ausgabe finanzierbar sein kann und trotzdem wirkungslos oder schädlich bleibt. Auch wenn reale Ressourcen vorhanden sind und Inflation beherrschbar scheint, kann der Staat Blindleistung, Verlustleistung oder Zukunftsschäden finanzieren.

Ist Wirkungsfinanzpolitik schuldenfreundlich?

Nein. Sie ist wirkungsfreundlich. Sie sagt nicht: mehr Schulden sind gut. Sie sagt auch nicht: weniger Schulden sind gut. Sie sagt: Entscheidend ist die Wirkungsqualität der Schulden.

Was ist mit Inflation?

Inflation bleibt eine reale Grenze. Aber sie ist nicht nur eine Geldfrage. Sie zeigt oft reale Engpässe: Fachkräfte, Energie, Material, Flächen, Produktionskapazitäten oder Lieferketten. Wirkungsfinanzpolitik berücksichtigt deshalb Geld, Realressourcen, Umsetzungskapazität und Nebenwirkungen gemeinsam.

Wer entscheidet, was Wirkung ist?

Nicht eine einzelne Person und nicht eine Regierung allein. Die WÖk braucht transparente Indikatoren, öffentliche Daten, wissenschaftliche Standards, demokratische Kontrolle und unabhängige Evaluation. Dafür ist der Wirkungsrat als Wächterinstitution vorgesehen.

Ist das technokratisch?

Nur dann, wenn Messung Demokratie ersetzt. In der Wirkungsökonomie ersetzt Messung keine demokratische Entscheidung. Sie verbessert die Rückkopplung. Politik entscheidet weiterhin, aber sie muss sichtbarer machen, welche Wirkung ihre Entscheidungen erzeugen.

Was ist die wichtigste Aussage?

Nicht Schulden belasten die Zukunft, sondern Schulden ohne Wirkung. Die größte Staatsschuld steht nicht immer im Haushalt. Sie kann in maroden Brücken, schlechter Bildung, Pflegekrisen, Klimaschäden, Sicherheitslücken oder demokratischem Vertrauensverlust liegen.

Was ist der Unterschied zwischen IOI und T-SROI?

Der IOI misst, wie viel positive Netto-Wirkung pro investiertem Euro entsteht. Er ist eine Kennzahl für Wirkungseffizienz. Der T-SROI misst, ob eine Investition darüber hinaus transformative Systemwirkung erzeugt, also ob sie Standards, Märkte, Infrastrukturen, Anreize oder Handlungspfade verändert. Kurz: IOI fragt, wie wirksam der Euro ist. T-SROI fragt, ob dieser Euro das System verändert.

Entscheidet dann nur noch der höchste IOI?

Nein. Der IOI ist wichtig, aber er darf nicht allein entscheiden. Öffentliche Finanzen müssen auch Grundrechte, Daseinsvorsorge, Wirkungsgrenzen, Nichtkompensation, langfristige Transformation, Datenqualität und demokratische Legitimation berücksichtigen. Ein hoher IOI darf schwere negative Wirkungen nicht überdecken.

Anhang: Kurzübersicht der Schuldenkategorien

Wirkschulden

Schulden, die positive Netto-Wirkung erzeugen, künftige Risiken senken, Engpässe abbauen und Mensch, Planet und Demokratie stärken. Beispiele: Bildung, Klimaanpassung, Netze, Pflege, öffentliche Gesundheit, Cybersicherheit, demokratische Resilienz, wirksame Sicherheitsstabilisierung.

Blindschulden

Schulden, die Aktivität erzeugen, aber keine relevante positive Zustandsveränderung. Beispiele: Programme ohne klare Wirkungsziele, Symbolpolitik, Förderlogiken ohne Monitoring, bürokratische Blindleistung.

Verlustschulden

Schulden, die negative Wirkung erzeugen oder destruktive Strukturen stabilisieren. Beispiele: fossile Lock-ins, klimaschädliche Infrastruktur, ausbeuterische Abhängigkeiten, demokratiegefährdende Systeme, kurzfristige Klientelpolitik mit hohen Folgekosten.

Reparaturschulden

Schulden, die notwendig werden, weil frühere Wirkung unterlassen wurde. Beispiele: Notfallhilfen nach unzureichender Klimaanpassung, Sanierung maroder Infrastruktur, Krisenprogramme für überlastete Systeme, Folgekosten verschleppter Prävention.

Literatur und Bezugslinien

Interne Wök-Bezugslinien

Natalie Weber: Führender Begriffsleitfaden der Wirkungsökonomie, Version 1.0, Stand 21. Mai 2026. Grundlage für Wirkung als tatsächliche Zustandsveränderung, positive Netto-Wirkung, SDGs, Agenda 2030, SDG+ und die begriffliche Abgrenzung von Wirkung, Wirkungspotenzial, Netto-Wirkung und Wirkungsarchitektur.

Natalie Weber: Die neue Ordnung des Wohlstands. Begründung und Grundlagen der Wirkungsökonomie, Manuskriptfassung 2026. Besonders relevant: Kapitel zu Maßstabskrise, Wirkungshaushalt, Wök-IDs, Reverse Merit Order, T-SROI, Wirkungssteuern, Wirkungseinkommen, Wirkungsrente, Kapitalwirkung und Wirkungsarchitektur.

Natalie Weber: Working-Paper Wirkungssteuergesetz (WStG), Stand Oktober 2025. Grundlage für Wirkung statt Kapital, Bonus-/Malus-Logik, Haushaltsneutralität, Steuern als Rückkopplungsarchitektur und Wirkung als steuerliche Bemessungslogik.

Natalie Weber: Whitepaper T-SROI - Der neue Standard für Impact-Controlling in der Wirkungsökonomie, 2025. Grundlage für die Abgrenzung von ROI, SROI, NWI und T-SROI sowie T-SROI als Bewertungslogik von Transformationswirkung, Hebelwirkung, Resilienz, Zeitwirkung und Datenqualität.

Natalie Weber: Grundlagenpapier Wirkungsökonomie Wök, 2025. Grundlage für Wirkung als Leitgröße, SDG-Kompatibilität, Wirkungstransparenz, T-SROI, Systemintelligenz und partizipative Steuerung.

Natalie Weber / wirkungsoekonomie.de: Glossar-Eintrag IOI / Impact of Investment. Grundlage für IOI als Investitionswirkungsgrad und Kennzahl positiver Netto-Wirkung pro eingesetztem Euro.

Externe Bezugslinien

Bank of England: "Money creation in the modern economy", Quarterly Bulletin 2014 Q1, Michael McLeay, Amar Radia and Ryland Thomas. Bezugspunkt für moderne Geldschöpfung durch Bankkredit und die Abgrenzung von Geld und realem Wohlstand.

Abba P. Lerner: "Functional Finance and the Federal Debt", Social Research, 1943. Bezugspunkt für Functional Finance und die Beurteilung staatlicher Finanzpolitik nach Funktion statt Haushaltsdogma.

Stephanie Kelton: "Functional Finance: What, Why, and How?", Levy Economics Institute Working Paper No. 287, 1999. Bezugspunkt für die moderne Einordnung von Functional Finance.

L. Randall Wray: Modern Money Theory. Bezugspunkt für MMT, souveräne Währung, staatliche Ausgaben, Steuern und Inflation.

Congressional Research Service: "Deficit Financing, the Debt, and Modern Monetary Theory", CRS Report R45976, 2019. Bezugspunkt für Einordnung, Kritik und fiskalische Implikationen von MMT.

Mariana Mazzucato: Mission Economy und Arbeiten des UCL Institute for Innovation and Public Purpose. Bezugspunkt für mission-oriented policy, öffentliche Wertschöpfung und den Staat als gestaltenden Akteur.

United Nations: "Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development" und "The 17 Goals". Bezugspunkt für SDGs, 17 Ziele und 169 Targets als globaler Referenzrahmen.

Stockholm Resilience Centre: "Planetary Boundaries". Bezugspunkt für planetare Grenzen, Safe Operating Space, Interdependenz von Erdsystemprozessen und ökologische Stabilitätsbedingungen.

OECD: "Measuring well-being and progress" und "Well-being and beyond GDP". Bezugspunkt für Beyond-GDP-Ansätze und Well-being Frameworks.

European Union / EUR-Lex: Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 123 AEUV. Bezugspunkt für das Verbot direkter monetärer Staatsfinanzierung durch EZB und nationale Zentralbanken.

European Commission: Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), European Sustainability Reporting Standards (ESRS) und EU-Taxonomie. Bezugspunkt für Nachhaltigkeitsdaten, Reportingstandards und potenzielle Datengrundlagen einer Wirkungsfinanzpolitik.

Bundesministerium der Finanzen: Informationen zu Fiskalregeln, Schuldenbremse sowie Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität. Bezugspunkt für den deutschen finanzpolitischen Rahmen.

Schutzlinie: Wirkungsfinanzpolitik ist keine Schuldenromantik und keine Sparideologie. Sie fragt nach realer Netto-Wirkung, demokratischer Legitimation, Datenqualität, Zielkonflikten und Korrekturfähigkeit.

Begriffshinweis · 21.08.2026

NWI und WÖk-Modell eindeutig unterscheiden

Dieser veröffentlichte Text verwendet „NWI“ teilweise für die damalige WÖk-Bezeichnung „Netto-Wirkungs-Index“. Heute heißt dieses WÖk-eigene Modell eindeutig WÖk-Netto-Wirkungsindex. Nicht gemeint ist der in Deutschland etablierte Nationaler Wohlfahrtsindex (NWI). Der historische Text bleibt unverändert.

Amtliche Indikatorquelle und Einordnung